Beispiel Ungarn: Sozialimperialistische Raubpolitik

Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 19. Mai 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Das Verbot vor der Tür:

GENOSSEN, RÜSTET EUCH! VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Dienstag, 15. Mai, 16 Uhr: Pressekonferenz von Polizeiminister Weyer in Düsseldorf:

"Der Herr Generalbundesanwalt hat ein Ermittlungsverfahren gegen die Mitglieder der KPD und KPD/ML und ihrer Hilfsorganisationen eingeleitet – und zwar am 30.4. Er hat das Bundeskriminalamt – die Sicherungsgruppe – mit der Führung der polizeilichen Ermittlungen beauftragt und hat hilfsweise die Polizei der Länder – die Aktion beschränkt sich nicht auf Nordrhein-Westfalen – eingeschaltet.

Heute morgen um 6 Uhr 30 ist in Nordrhein-Westfalen diese Aktion durchgeführt worden. Es sind insgesamt zwei Haftbefehle gegen die Herren Horlemann und Semler ausgestellt worden. Horlemann konnte verhaftet werden in seiner Wohnung... Es wurden 25 Durchsuchungsbefehle des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof ausgestellt..."

Die Staatsgewalt spielt mit immer offeneren Karten. Das Verbot der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen ist schon längst beschlossene Sache. Es ging um das Wie und Wann...

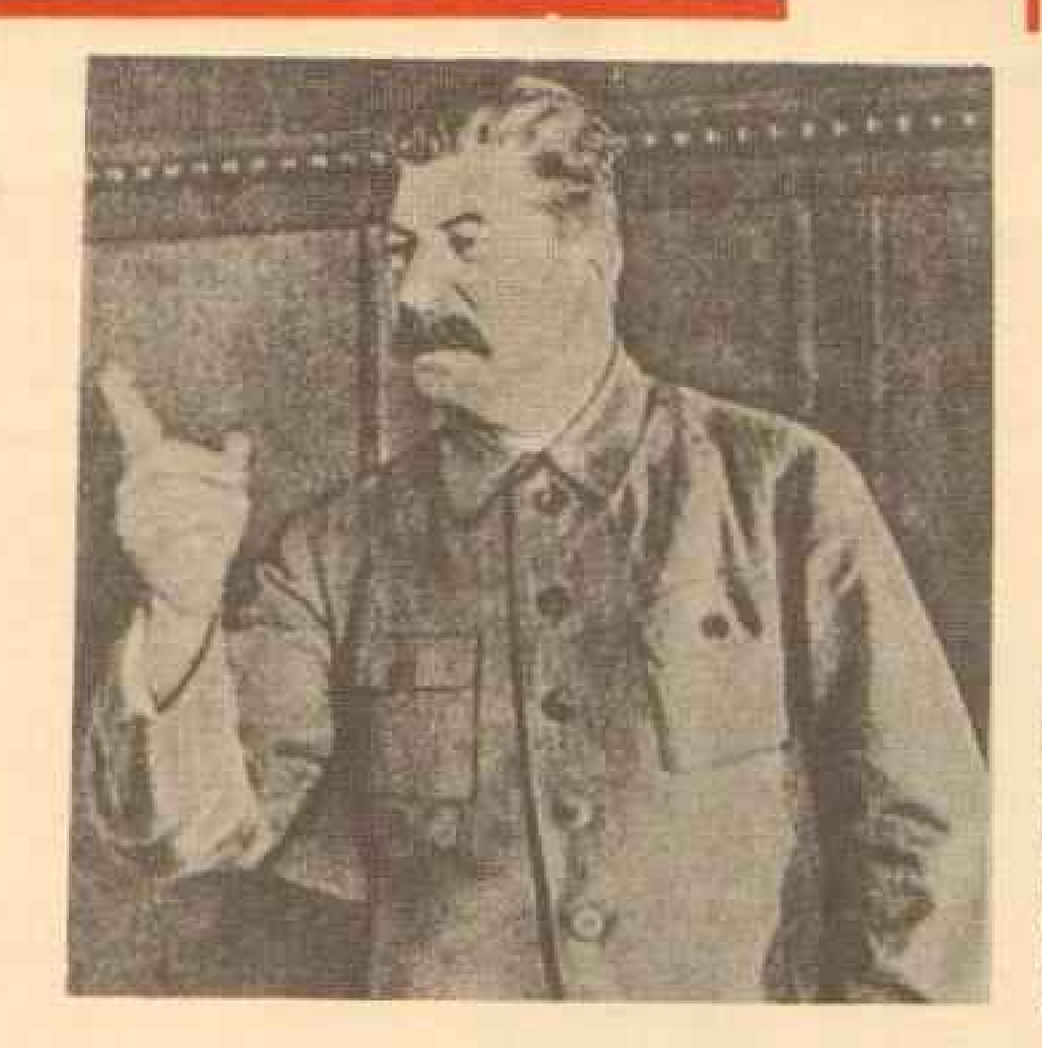
Eines ist klar: Als politische Partei, als 'verfassungsfeindliche Organisation' soll unsere Partei nicht verboten werden. Angewendet wird der Paragraph 129 des StGB, der Paragraph: 'Kriminelle Vereinigung'.

Den tausenden von Arbeitern in zig Grossbetrieben, die regelmässig die Flugblätter und Betriebszeitungen unserer Partei erhalten, brauchen wir nicht zu beweisen, dass wir eine politische Partei sind und keine 'kriminelle Bande'. Den tausenden Freunden und Sympathisanten unserer Partei in proletarischen Wohnvierteln von Kiel bis Kempten, von Westberlin bis Aachen, brauchen wir das ebensowenig zu erklären. Sie kennen unsere Arbeit, sie wissen – selbst wenn viele noch in grundlegenden Fragen abseits stehen – dass die KPD/ML die wirkliche Kriminalität bekämpft:

Die Kriminalität des Ausbeutersystems, die Herrschaft eines Häuf-

Breschnew und Brandt – gegen die Völker Hand in Hand!

"Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen."
J.W.Stalin
Interview mit einem Korrespondenten der "Prawda", veröffentlicht am 17. 2. 1951



Im Februar 1942, als grosse Teile der sozialistischen Sowjetunion von Hitlertruppen besetzt und verwüstet waren, als SS-Banden russische Arbeiter und Bauern zu hunderttausenden mordeten und folterten, als das Gift der Nazi-Ideologie vom 'bolschewistischen Untermenschen' das Gehirn vieler deutscher Landser beherrschte, in diesem Augenblick erklärte der Führer des sowjetischen Volkes und der grosse Marxist-Leninist, Josef Stalin:

> "Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."

Und als das faschistische Deutschland bedingungslos kapituliert hatte, als die Imperialisten der USA, Grossbritanniens und Frankreich sich an die Besetzung, Ausplünderung und Spaltung Deutschlands machten, erklärte Stalin:

> "Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickte, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten."

Von diesem Geist des proletarischen Internationalismus, der Politik der Freundschaft der Sowjetregierung mit dem deutschen Volk ist heute im Kreml nichts mehr zu spüren. Die neuen Zaren die sowjetische Bourgeoisie hat nach ihrem Machtantritt die Politik des Kampfes gegen die deutschen Imperialisten und der Unterstützung des deutschen Volkes im Kampf für ein vereintes sozialistisches Deutschland vertauscht mit der Politik der konterrevolutionären Zusammenarbeit mit den Unterdrückern unseres Volkes. Der Breshnew-Besuch legt davon Zeugnis ab.

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Dieser Besuch steht unter folgenden Zeichen: Die Politik der gemeinsamen Beherrschung und Aufteilung der Welt durch die zwei Supermächte USA und SU wird auch auf Europa angewendet. Die sowjetischen Sozialimperialisten sehen dabei besonders die Notwendigkeit, ihren Machtbereich in Osteuropa zu festigen, gleichzeitig die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vorbereitungen für Aggressionen gegen andere Völker, besonders das sozialistische China zu treffen. Zu diesen Vorbereitungen soll im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Allianz auch der erstarkte westdeutsche Imperialismus beitragen.

Hinter dem Breshnew-Besuch in Bonn steckt keineswegs die Tendenz der "friedlichen Zusammenarbeit und Entspannung in Europa". Hinter diesem Besuch steckt das Moskauer Abkommen von 1970, mit dem der westdeutsche Imperialismus als politische Grösse in Europa von den Kreml-Zaren anerkannt wurde und die Forderung der Völker nach einem Friedensvertrag mit Deutschland entsprechend dem Potsdamer Abkommen, in den Staub getreten wurde.

Vor diesem Besuch liegt das Berlinabkommen, mit dem die neuen Partner Bonns in Moskau die widerrechtliche Annexion der 'Frontstadt' Westberlin durch Bonn sanktionierten.

Vor diesem Treffen liegt der verschärfte Druck der Kremlherren auf die Staaten Osteuropas, deren Souveränität im Rahmen der 'Breshnew-Doktrin' (siehe CSSR 1968) immer weiter zerschlagen wurde. Mit dem Ausverkauf der Unabhängigkeit dieser Länder durch die Honnecker, Husak, Giereck-Cliquen an die Herren in Moskau, konnten diese Länder auch beim Poker der neuen Geschäftspartner Bonn-Moskau ins Spiel geworfen werden.

Die Krupp, Thyssen, Siemens und Co. haben sich mit dem Verlust ihres Machtbereichs jenseits der Elbe niemals abgefunden. Bei den Expansionsplänen Richtung Neuland Osten geht es keineswegs nur um Absatz für Mannesmann-Röhren und Daimler-Benz-Wagen und es geht nicht nur um Import von sibirischem Erdgas. Das Monopol strebt zur absoluten Macht, der Imperialismus strebt immer wieder zur Neuaufteilung der Welt. Und seit man in Bonn die eigene gewachsene Stärke kennt, wird der Griff nach den verlorenen Gebieten in der DDR usw. immer stärker. Heute schon sollen die Schachereien mit Bonns neuem Partner Moskau den Zeitpunkt der Einverleibung dieser Gebiete näher rücken.

Die Sozialimperialisten wissen, dass zur Verfolgung ihrer eigenen Pläne das Bündnis mit den westdeutschen Monopolherren vorteilhaft ist. Sie wissen aber auch, dass sie dafür nicht nur Zinsen für Milliardenkredite der Deutschen Bank, sondern auch einen Anteil am Machteinfluss über die Staaten Osteuropas abgeben müssen.

AUS DEM INHALT:

Fortsetzung von S. 1

teins von Konzern- und Bankherren über Millionen Menschen, die Herrschaft von Parasiten, die Tag für Tag die Arbeiterklasse bestehlen, erbarmungsloser Akkordhetze unterwerfen, sie durch ihre Gesetze und Richter, durch Polizeigewalt und ihre Propagandamaschinerie unterdrücken und niederhalten. Wir kämpfen für den Sturz jener Bande von Mördern, die um der Macht und Profite willen, Millionen Arbeiter und Werktätige in diesem Jahrhundert in Massengräber jagte und sie in neuen Kriegen weiterhin jagen will.

Wir werden nicht aufhören, der herrschenden kriminellen Gewalt die Propaganda und Tat der revolutionären Gewalt entgegenzusetzen. Wir werden den revolutionären Klassenkampf fortführen, die Verbindung unserer Partei mit der Arbeiterbewegung wird wachsen, unsere Reihen werden mächtiger und geschlossener werden.

Auf der Pressekonferenz lehnte Polizeiminister Weyer 'kategorisch' jede Antwort auf die Frage ab, in welchem Zusammenhang die Polizeiaktion mit dem Breshnew-Besuch stehe.

Wir sehen den Zusammenhang darin, gemeinsam mit allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften, besonders auch jenen, die jetzt verstärkter Verfolgung ausgesetzt sind, den Gegenschlag gegen den Klassenfeind zu führen. Darum:

STRASSE FREI FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI!

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN EMPFANG DER KREMLZAREN!

KOMMT NACH DORTMUND!

Der Kommunismus lässt sich nicht hinter Kerkermauern verbannen!

Aufruf zur Solidarität mit Genossen Ernst Aust, Vorsitzendem der KPD/ML

Die herrschende Klasse kann nicht mehr frei schalten und walten, wie sie es noch vor Jahren tat. Die Arbeiterklasse spürt ihre Kraft und beginnt sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. Was der Bourgeoisie am meisten zu schaffen macht, ist die Tatsache, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse zusehends politischen Charakter gewinnen; Rote Fahnen wehen wieder im Land; das Gespenst des Kommunismus geht um.

Wie unsere Partei heute vor einem Jahr allen opportunistischen Schwarzmalern und Verleumdern der revolutionären Arbeiterbewegung zum Trotz, feststellte:

Die Haupttendenz auch bei uns ist Revolution!

Es geht nicht mehr allein um Tagesforderungen, die Massen beginnen zu erkennen, daß das Grundübel, die Ursache von Lohnraub, Inflation und politischer Unterdrückung im kapitalistischen System selbst liegt. Die Fortschrittlichsten beginnen, sich den Kommunisten anzuschließen. Die Bourgeoisie kann sich nicht mehr allein auf ihre Lügenpropaganda in Presse, Funk und Fernsehen stützen; das Bonner Parlament entlarvt sich mehr und mehr als Schwatzbude der westdeutschen Imperialisten.

Der imperialistische DGB-Apparat kann selbst mit Hilfe der D'K'P-Bonzen die Empörung der Arbeiterklasse nicht mehr recht in friedliche Bahnen lenken. Das Bild vom 'Sozialismus', wie ihn die D'K'P am Beispiel der sozialimperialistischen Sowjetunion Breshnews und der den kapitalistischen Weg gehenden DDR Honneckers zeichnet, blättert ab.

Dagegen gewinnt das Bollwerk der Weltrevolution, die Volksrepublik China, und der Vorposten des Sozialismus in Europa, die VR Albanien, an Leuchtkraft und Schärfe unter den Massen. Denn:

"IN DEN MASSEN STECKT EIN GEWALTIGER DRANG ZUM SOZIALISMUS" (Mao, Rotes Buch).

Diesen Drang zum Sozialismus will die Bourgeoisie mit Gewalt unterdrücken. Sie rüstet zum Schlag gegen die Kommunistische Partei. Am 29.Mai soll der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, auf die Anklagebank gezerrt werden. Der Klassenfeind will ihn aus dem Kampf seiner Klasse herausreißen und in den Kerker werfen. Nach mehreren Prozessen gegen verschiedene Genossen und Sympathisanten der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen, will die Bourgeoisie jetzt gegen den Kern der Partei der Arbeiterklasse vorstoßen. Sie will die Sprecher der Arbeiterklasse mundtot machen.

Dieser Versuch richtet sich nicht allein gegen den Genossen Ernst Aust, sondern er steht als Vorsitzender der KPD/ML stellvertretend für uns alle, stellvertretend für die Arbeiterklasse.

Das Verbot der kommunistischen Agitation und Propaganda, das versucht die bürgerliche Klassenjustiz nun zum zweitenmal in diesem Prozeß durchzusetzen. Wegen seines Kampfes für den Kommunismus in der Zeit der Illegalität der KPD sollte Genosse Ernst Aust bereits schon einmal der Prozeß gemacht werden. Aber dieser Anschlag scheiterte. Mutig verteidigte er vor Gericht seine Gesinnung. Der Prozeß wurde zum Tribunal gegen die Bourgeoisie. 5000 Hamburger Arbeiter gingen auf die Straße. Ihr Kampf hat ausschlaggebend dazu beigetragen, daß die Bourgeoisie damals vor einer Verurteilung zurückschreckte.

Heute steht im Zusammenhang mit dem Verbot der kommunistischen Agitation und Propaganda das Verbot der KPD/ML auf der Tagesordnung.

Freunde und Genossen!

Unterdrücker-Logik heißt: Heute gegen die Partei der Arbeiterklasse, morgen gegen alle fortschrittlichen Kräfte, übermorgen gegen das ganze Volk! Es ist unsere Kampffront, es ist der starke Arm der Arbeiterklasse, der diesen Schlag der Bourgeoisie verhindern muß.

Wir rufen alle kommunistischen und fortschrittlichen Organisationen, sowie alle Freunde der Sache der Arbeiterklasse zur Solidarität und Unterstützung auf!

Der Anschlag auf den Genossen Ernst Aust und auf alle politischen Angeklagten und Verfolgten muß zu einer einzigen Anklage gegen die Bourgeoisie gewendet werden. Die Bourgeoisie richtet solange gegen das Volk, bis das Volk gegen sie richtet!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
FREIHEIT FÜR DIE KPD/MARXISTEN-LENINISTEN!
HÄNDE WEG VON ERNST AUST!

KOMMT ZUR DEMONSTRATION IN HAMBURG, AM VORABEND DES PROZESSES:
HAMBURG, BAHNHOF BARMBECK, AM 28.MAI UM 19 UHR

Schickt Solidaritätsadressen an:
Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Postfach 464

Vom 21.5. bis 27.5. wird in Westdeutschland und Westberlin eine Aktionswoche gegen das Verbot, gegen politische Unterdrückung, gegen den Prozess von Genossen Ernst Aust, durchgeführt.

Genosse Ernst und angeklagte Genossen des Roten Antikriegstags 1972 werden sprechen.

Forts. von S. 1

Breshnew

Dieser Schacher hat bereits 'Erfolge' gezeitigt. Ein Wink aus Moskau genügte, und die Revisionistenkau genügte, und die Revisionisten-Clique in Ostberlin gab die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die westdeutschen Revanchisten auf. Ebenso wurde der Widerstand gegen die 20 Punkte Brandts vom Kasseler Treffen mit Stoph aufgegeben, die heute als 'Grundvertrag' wie eine Zwangsjacke über die Souveränität der DDR geworfen wird. Auch an dieser Zwangsjacke haben zuvor Brandt und Breshnew gemeinsam gehäkelt.

Fallengelassen wurde von Moskaus Marionette Husak in der CSSR die Forderung an Bonn, nach der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an. Dies geschah unmittelbar vor dem Breshnew-Besuch in Bonn, ebenso wie die Verabschiedung des Grundvertrags im Bundestag.

Es ist auch kein Zufall, dass gerade eine Woche vor dem Breshnew-Besuch, Brandt noch schärfere Töne gegen die Regierung der DDR richtet: Man solle in Berlin-Pankow ja nicht glauben, die verstärkte Partnerschaft von Breshnew-Brandt stören zu können. Die westdeutschen Revanchisten verschweigen dabei auch nicht, was man hierzulande sich durch die Partnerschaft mit Moskau in Bezug auf die DDR verspricht:

"Über die menschlichen Erleichterungen ist im Bundestag viel gesprochen worden... Die Erleichterung ist weniger eine Frage des... Verwandtenbesuches als der Veränderung des Binnenverhältnisses in der DDR, weniger eine Frage der Einheit der Nation oder der Überwindung der 'Spaltung', als eine Frage der Freiheit für die Deutschen in der DDR." (FAZ. 12.5.).

Wie die US-Imperialisten den Vietnamesen 'Freiheit und Selbstbestimmung' bringen wollten, wie Breshnew dem 'Hilferuf' seiner Marionetten in der CSSR mit Panzereinmarsch folgte, so hofft man in Bonn, eines Tages dem Hilferuf in die DDR nach 'Freiheit und Selbstbestimmung' folgen zu können. Der Schacher mit den Kremlzaren machts zunehmend möglich.



1953: Mansfelder Kumpel gedenken des Todes von Josef W. Stalin. Die deutsche Arbeiterklasse wird niemals die grosse Freundschaft der ehemals sozialistischen Sowjet-Regierung vergessen!

Kein Wunder, dass angesichts dieser imperialistischen Machenschaften über die Souveränität kleinerer Staaten das Misstrauen in die angebliche 'Friedenspolitik' wächst. Kein Wunder, dass die Propaganda-Organe der Imperialisten von Bonn bis Moskau, von CDU, SPD, D'K'P bis zur Prawda gemeinsam die 'Friedens'-Trommel noch stärker rühren, um die Völker zu beruhigen.

Die KPD/ML ruft auf, dem Breshnew-Besuch den Mantel der Friedenstäuschung herunterzureissen. Keine Illusionen in imperialistische Schacherpolitik im Friedensgewand! Auch der zweite Weltkrieg wurde mit Friedensgetrommel vorbereitet.

Keine Illusionen über Breshnew! Hier kommt nicht der Führer eines sozialistischen Staates, sondern ein Unterdrücker der sowjetischen Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion!

Mit Breshnew kommt kein 'Kommunist', um friedliche Koexistenz zu treiben. Mit ihm kommt ein waschechter Imperialist, um Schacher mit den westdeutschen Imperialisten zu treiben, Schacher auf Kosten von Frieden und Völkerverständigung.

Man weiss in Bonn, warum tausende von Polizisten, Grenzschutztruppen und anderen Staatsschützern bis zu D'K'P-Schlägertrupps, den hohen Gast beschützen sollen. Strassenkontrollen im ganzen Bundesgebiet, Demonstrationsverbote und verstärkte Hetze gegen die Marxisten-Leninisten sollen verhindern, dass das friedliche Mäntelchen über diesem Besuch gelüftet wird.

Die KPD/ML wird sich nicht abhalten lassen, den Kremlzaren entsprechend zu begrüssen. Auf Veranstaltungen, Flugblättern, mit dem RM-Extrablatt, auf Demonstrationen und Kundgebungen werden wir den Täuschereien über diesen Besuch entgegentreten.

Unsere Partei wird das Manöver der Revisionisten nicht ungestört ablaufen lassen, der deutschen Arbeiterklasse Breshnew und die heutige Sowjetunion als 'sozialistisch' zu verkaufen. Die deutsche Arbeiterbewegung muss sich von dieser Illusion befreien, wenn sie auf ihrem Weg zum Sturz der Ausbeuterherrschaft die Ketten des Antikommunismus entledigen will.

Unsere Partei wird die Freundschaft mit den sowjetischen Arbeitern und unterdrückten Nationalitäten propagieren, die unter dem Joch der Zarenherrschaft schmachten. Wir werden die brüderliche Verbundenheit mit der Arbeiterklasse in der DDR bekunden, mit der gemeinsam wir das vereinte, sozialistische Deutschland erkämpfen – im Kampf gegen die Ausbeuterherren in unseren Ländern und gegen die fremden Besatzertruppen.

Die KPD/ML ruft alle fortschrittlichen Arbeiter, Werktätigen, alle Revolutionäre auf: Reisst den Friedensschleier über diesem Besuch herunter!

HINWEIS

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage zum Besuch des Kremlzaren bei.



Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420–435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Textiltarifrunde

98% für Streik!

Bei der Urabstimmung in der nordrheinischen Textilindustrie stimmten am 8.Mai über 98% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für Streik. Dass die 370 000 Beschäftigten der Textilindustrie derartig kampfentschlossen sind, das hat seine Ursachen.

Die Textilindustrie ist einer der schlechtest bezahlten Industriezweige in der BRD. Stundenlöhne von 2,50 sind keine Seltenheit und können nur noch durch eine ungeheure Akkordschinderei aufgebessert werden. Wer schon einmal Frauen in einem Nähsaal arbeiten gesehen hat, kann sich eine Vorstellung machen, wie stereotyp und zermürbend diese Arbeit ist.

Aber das sind ja nur Frauen, wird da gesagt. Die brauchen nicht so viel Geld. Die verdienen ja nur noch bei ihrem Mann dazu. So wird die Frauenarbeit herabgemindert.

Die Frau als Haussklavin und als billige Arbeitskraft – das ist ganz im Sinne des Kapitalismus. Aber die Frauen haben gelernt, dass ihre Arbeit genauso viel wert ist wie die des Mannes, und sie haben in der Arbeit die Grundlage ihrer Selbständigkeit erkannt.

Heute sind die verängstigten kuschenden Hausmütterchen weniger geworden. Die Frauen erkennen ihre verschärfte Ausbeutung. Einmal erledigen sie meist noch den ganzen Haushalt und die Kinder, auf der anderen Seite müssen sie ihre Arbeitskraft zu noch schlechteren Bedingungen als die Männer verkaufen.

Die Frauen stehen heute Seite an Seite mit ihren Männern im Klassenkampf. Das zeigen die 98% für Streik, das zeigen die Warnstreiks, die in den Textilwerken durchgeführt worden sind. Es waren grösstenteils Frauen, die 720 Arbeiter in der Seidenweberei Essen-Kupferdreh, die in einen wilden Streik getreten sind.

Bei der Post, im Bergbau sind die Tarife gekündigt, in der Stahlindustrie, bei den Arbeitern des öffentlichen Dienstes gärt es gewaltig:

Weg mit der Zwangsschlichtung!

Einen Tag vor der Bundesschlichtung für die rund 90 000 Arbeiter der chemischen Industrie von Rheinland-Pfalz kam es bei BASF/Ludwigshafen nach zwei Belegschaftsversammlungen zu Massendemonstrationen und Streiks. Daß die kommende Bundesschlichtung nicht den Forderungen und der Kampfkraft der Chemie-Kollegen entsprechen wird, ist jetzt schon klar. Denn das Schlichtungswesen ist nichts anderes als ein Mittel des Lohnraubs, der zwangsweisen Brechung des Streikkampfes.

"Aniliner 12% und wenn dem Timm der Kittel brennt" (Professor Dr. Timm: BASF-Chef). Mit solchen Parolen traten die BASF-Kollegen nach dem Abschluss im Tarifbezirk Nordrhein bei 9,9% in Streik. Vorangegangen war schon vor dem 17.April der erste Streik bei BASF seit 50 Jahren. Jetzt, als der Abschluss für die 200 000 Kollegen in Nordrhein bekannt war, gab es nur eines bei BASF: Das gilt nicht für uns! Darum die Brocken hingeworfen! 5000 streikten, Demonstrationszüge gingen durch das Werk.

Die IG-Chemie-Führung hatte alle Hände voll zu tun, die Kampfentwicklung zu verhindern. Den Verrat gibt die "Gewerkschaftspost" (Zeitung der IG CPK) selbst zu: "Dennoch gelang es nach einer Weile den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern, durch eine ausführliche (sprich: totquatschende) und aufschlussreiche (sprich: lügenhafte) Berichterstattung, dass die Kollegen schliesslich an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten."

Kein Wunder, dass sie gerade in diesem Augenblick den Streikkampf verhindern wollten. Es lief die Schlichtung. Das Schlichtungswesen solle durch 'illegale Aktionen' nicht gestört werden.

Was aber ist das Schlichtungswesen?! Ein Betrug, eine Aushöhlung des Streikrechts auf kaltem Wege!

Ein Betrug, weil angeblich 'neutrale' Vermittler des Staates die 'Tarifparteien einigen'. In Wirklichkeit wird dieser 'neutrale' Staatsvertreter genauso parteiisch für das Kapital entscheiden, wie der Staat insgesamt in dieser Klassengesellschaft immer nur die Interessen der herrschenden Ausbeuterklasse vertreten kann.

Das Schlichtungswesen ist nichts anderes, als eine weitere Aushöhlung des Streikrechts. Wo 'Verhandlungen' zwischen Kapital und Gewerkschaftsbonzen für gescheitert erklärt werden müssen, wo Urabstimmungen den Streikwillen der Arbeiter feststellen, hilft als letzte Bremse die Schlichtung. Ohnmächtig sollen die Arbeiter dieser 'neuen Verhandlungsrunde' zusehen. Deshalb hat schon die KPD Ernst Thälmanns die Zwangsschlichtung, die der Streikfront das Rückgrat brechen soll, die jede Mobilisierung der Arbeiterklasse unterbinden und Illusionen über den 'neutralen Staat' vermitteln soll, entschieden bekämpft.

Die Zwangsschlichtung wird von den DGB-Bonzen voll akzeptiert. Sie gehört zu den Streikverhinderungs-Rezepten, genauso wie die langen Tariflaufzeiten (bei Chemie wieder 12 Monate Lohnstopp) und wie die Spaltung der Kämpfe durch verschiedene Tarifabkommen (IG Chemie-Forderung bei BASF: Haustarif).

Die Einschätzung unserer Partei, dass die hiesige Ausbeuterklasse und ihre Handlanger in Staat und Gewerkschaft keinerlei grosse selbständige Aktion der Arbeiterklasse aufkommen lassen will, dass sie es kaum wagt, den 'Dampfkessel' auch nur etwas zu öffnen, bestätigt sich.

Es bestätigt sich aber auch zunehmend, dass umso eher und wuchtiger die deutsche Arbeiterklasse sich offen gegen die 'gesetzlichen' Mittel des Streikbruchs stellt, die Zwangsjacke der Tariffriedens-Pflicht abwirft, Die Formierung der Kampffront in allen Branchen und Betrieben gegen den Lohnraub, für die selbständige Aktion der Arbeiterklasse, wächst unübersehbar heran.

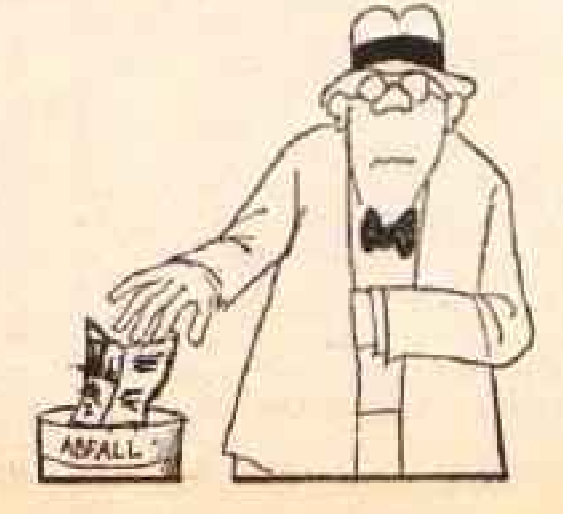
Ein Beispiel bürgerlicher Hetze

Dümmer gehts nimmer!

Den IG-Chemie-Bonzen ist der Kragen geplatzt. Kommunisten stiften Unruhe in ihrer Gewerkschaft. Sie stören die konzertierte Zusammenarbeit mit dem Kapital, weil sie bei den Kollegen die arbeiterfeindliche Politik der IG-Chemie-Führer entlarven. Deshalb wird jetzt gewaltig dreingeschlagen. Die IG-Chemie hat eine reichlich illustrierte Hetzbroschüre herausgegeben, in der über die kommunistischen 'Schriften' hergezogen wird, die Schriften der 'Sektierer' von der KPD/ML, KB, SSG usw.


Wenn die Arbeiterklasse auf die kommunistische Propaganda so reagieren würde, dann hätten die IG-Chemie-Bonzen diese Broschüre nicht zu drucken brauchen!







Fortsetzung auf Seite 4



Arbeiterkorrespondenzen

Nürnberg, 7.5.73

Heute ist Konzernboss Grundig 65 Jahre alt geworden. Für die Kollegen sprang dabei natürlich nichts heraus. Von diesem alten Geizkragen gibt es ausser ständig mehr Arbeit nichts zu erwarten. In der Druckschaltung und in der Galvanik zum Beispiel, wo tagaus, tagein die giftigen Gase von Ammoniak, Salzsäure, Cyanid und Tri um die Nase wehen, warten wir schon ewig auf eine bessere Entlüftungsanlage. Doch was geschieht? Den Kollegen wird dort das Rauchen verboten. Wenn sich die Giftstoffe bei uns auf die Lunge legen, heisst es dann vielleicht am Ende noch: "Der hat zuviel geraucht." Und das Geld, das auf Kosten der Kollegen eingespart wird, verprasst Grundig heute mit seinen Kumpanen bei Champagner und Kaviar (oder will uns vielleicht jemand weismachen, die begnügen sich mit Bier und Fettbrot?).

Wie ist denn Grundig überhaupt an sein Geld gekommen? Vor der Währungsreform besorgte er sich billiges Kupfer aus Armeebeständen. Damit stellte er seine Heinzelmann-Radios her, die er jedoch erst nach der Währungsreform für neues gutes Geld verkaufte. Das brachte ihm den ersten grossen Profithappen.

In den 50-iger Jahren schuldete er der Stadt Fürth einige Millionen Mark Steuergelder. Als er zahlen sollte, erpresste er die Stadt mit der Drohung, bei Bestehen auf der Zahlung werde er seine Belegschaft entlassen. Nun, die Leute sind dort noch heute beschäftigt, aber Grundig hatte seinen zweiten grossen Brocken verschlungen.

Nebenbei heiratete er in zweiter Ehe (er ist bereits wieder geschieden) die Nichte des dicken Erhard (ehemaliger Bundeskanzler).

Im Laufe der Jahre zeigte Grundig auch, dass er nicht nur ein Kapitalist ist, sondern auch ein Imperialist. Abgesehen davon, dass er hier in Nürnberg-Fürth eine hohe Zahl Ausländer beschäftigt, hat er Fabriken in den Ländern stehen, in denen die Löhne relativ niedrig sind: Fernsehwerke in Wien, Creutzwald (Frankreich), Barga (Portugal), Rovereto und Binasco (Italien). Dazu noch ein Radiowerk in Barga, und eine Tonbandfabrik in Dunmurry (Irland).

Vor einigen Monaten inserierte Grundig nach weiblichen Arbeitskräften und versprach jeder Frau mindestens 5,20 DM in der Stunde. Eine Putzfrau, die dort schon jahrelang arbeitete, antwortete auf die Frage, ob sie über 5,20 DM bekomme: "Wenn Sie das draufzahlen müssten, was mir zu den 5,20 DM fehlt, wären Sie bald arm." Dieser feine Herr Grundig ist Ehrenbürger von Fürth, Wahlkonsul von Mexiko, Ehrendoktor der Universität Erlangen.

Noch in diesem Jahr feiert Grundig sein 25-jähriges Betriebsjubiläum. Dabei wird sicher auch nicht mehr herausspringen als jetzt: Eine riesige Beilage in der Samstagsausgabe der Nürnberger Nachrichten, voll mit Lobhudeleien.

KLASSE GEGEN KLASSE



HAUSBESETZUNG IN OFFENBACH

Rund 50 Jugendliche besetzten in der Offenbacher City das seit mehreren Wochen leerstehende Haus Kaiserstr. 73. Das rund 200 Jahre alte Gebäude soll einem Bank- und Büro-Haus Platz machen. Der Hausbesitzer, das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co hat bereits Strafanzeige erstattet. Die Stadtherren sprechen bereits von gewaltsamer Räumung des Hauses.

KAMPF GEGEN MIETWUCHER

Am 1.4. traten rund 900 Bewohner der Giessener Studentenwohnheime in einen unbefristeten Mietstreik. Die Studenten protestieren damit gegen eine Anordnung des Kultusministers, die Mieten um rund 25% zu erhöhen.

KAMPF DEN FAHRPREISERHÖHUNGEN

Am 28.4.73 fand in Lübeck eine Demonstration gegen die angekündigten Fahrpreiserhöhungen statt. Zu dieser Protestdemonstration hatte ein Aktionskomitee aufgerufen, in dem die KPD/ML und die Rote Garde aktiv mitarbeiteten. Als die D'K'P-Führung davon erfuhr, setzten sie prompt auch eine Demonstration fest – auf den 27.4.. Die Lübecker Genossen schreiben dazu: 'Die Folge ihres besseren Propaganda-apparats und der Unterstützung durch die bürgerlichen Presse war, dass sich am 27.4. spontan 600 Lübecker versammelten. Wir meinen, ein Zeichen der spontanen Bereitschaft der Lübecker, sich gegen die Fahrpreiserhöhungen zu wehren. Andererseits war diese Demonstration aber auch ein Ausdruck unseres schwachen Kampfes gegen die Revisionisten. Zuviele Illusionen waren noch in unseren Köpfen gewesen, diese wurden allerdings durch die Aktionen gründlich ausgeräumt. Doch wir sind bereit zu lernen."

KAMPF UM TEUERUNGSZULAGE BEI BBC-MANNHEIM

Mehrere Stunden lang streikten rund 1000 der 5000 Arbeiter bei Brown Boveri und Cie in Mannheim-Käfertal. Der Kampf um eine Teuerungszulage war die Antwort der Arbeiter auf Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat um ein neues Lohnsystem. Es wurden 20 Pfg. mehr pro Stunde durchgesetzt.

Kiel:
"Wir müssen rot sein!"

In Kiel hat der DGB mit seiner Maifeier im Saal des Schlosses erneut eine Abfuhr von der Arbeiterschaft bekommen. Es kamen fast ausschliesslich 'Offizielle' und Gewerkschaftsfunktionäre.

Von der KPD/ML wurden zwei Grossveranstaltungen durchgeführt: Eine Maifeier und eine Demonstration am 1.Mai.

Die Veranstaltung war ein grosser Erfolg. Unter den 500 Gästen waren eine Reihe Arbeiter, die zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der Partei waren.

Herzlichen Beifall bekam vor allem Genosse Heinz Baron, den die Klassenjustiz für 16 Monate ins Gefängnis werfen will, weil er in München gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hat.

Besonderen Schwung bekam der Abend durch das Auftreten der Agit-Prop-Truppe mit aktuellen Liedern wie: "Das Haus ist besetzt", "Zwei Bonzen am 1.Mai" Arbeiter und Studenten hatten für diesen Abend ein Theaterstück über politische Entlassungen vorbereitet.

Zur Demonstration im Kieler Arbeiterviertel Gaarden versammelten sich dann über tausend Teilnehmer. Viele Kollegen waren extra aus ihren Wohnungen gekommen, um die Demonstration mitzuerleben. Einige grüssten mit erhobener Faust. Einer meinte: "Bis jetzt habe ich SPD gewählt, aber ihr habt mir gezeigt dass wir rot sein müssen, um etwas zu erreichen."

6 Monate Haft ohne Bewährung!

Am 4.7.72 fand in München eine Vietnamdemonstration statt. Gegen eine Reihe von Demonstranten wurden Strafverfahren eingeleitet (siehe auch RM Nr. 15/72, 12/73).

Im April fanden Prozesse gegen zwei weitere Demonstranten statt. In beiden Fällen lautete die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, in einem Fall zusätzlich auf Körperverletzung.

Einer der Angeklagten wurde bei der Demonstration von einem Polizisten brutal niedergeschlagen. Er brach ohnmächtig zusammen, erlitt schwere Verletzungen, unter anderem war sein Nasenbein gebrochen. In der Anklageschrift findet man davon nichts. Stattdessen wird behauptet, er habe drei Polizisten verletzt.

Obwohl dieses Lügengebäude im Prozess zusammenbrach, wurde der Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Begründung: Er sei Mitglied der KPD/ML und man könne dieser Gruppe nur mit sehr scharfen Urteilen beikommen.

Verurteilt werden von der Justiz also nicht Taten, sondern die Gesinnung. Damit gibt die Justiz selbst offen zu, dass all ihre 'Mittel der Rechtsfindung' nichts anderes sind als ein Mäntelchen, um ihren Klassencharakter zu verschleiern.

Das zeigte sich auch beim Prozess gegen den zweiten Angeklagten. Zu 300 DM Geldstrafe wird er deshalb verurteilt, weil er 'tatenlos' neben einem Demonstranten herging, der eine strafbare Handlung beging. Die strafbare Handlung? Der Demonstrant trug eine Nixonpuppe mit Hakenkreuzen.

Revisionistisches

1.Mai-K(r)ampf der Revisionisten in Essen

BERICHT DER ROTEN GARDE ESSEN

Bei uns in Essen war am 1.Mai einiges los. Drei Demonstrationen sollten sich in der Innenstadt zu einer gemeinsamen Kundgebung treffen. Das Ganze war vom DGB organisiert und wurde von der D'K'P unterstützt. Und zwar so: 'Einmal', so schreibt die WAZ, indem 'D'K'P-Vorsitzender Lill in Frohnhausen einem jungen Mann ein Transparent entreissen wollte. Ein zweites Mal als DKP-Funktionäre mit Personenwagen den Block der Jugendlichen (gemeint ist ein Block von ca. 20 Zirkeln aus ganz Nordrhein Westfalen, die zum NRF gehören) in zwei Hälften trennten. Im Altenessener Zug versuchten DGB-Ordner ein Transparent der Jugendlichen aus dem Zug zu entfernen, das dabei beschädigt wurde..."

Soweit die bürgerliche Presse. Das Wichtigste hat die Presse allerdings vergessen: **Diese Aktionen gegen fortschrittliche Demonstranten wurden zusammen mit der Polizei durchgeführt und zum Teil sogar geplant. WAZ: '...Schon vorher hatte es Unruhe unter Ordnern und Polizisten gegeben, weil Störmanöver durch die 'Revolutionäre Gewerkschaftsopposition' befürchtet wurden...'**

Bevor zum Beispiel in Altenessen die Transparente runtergerissen wurden, hatte sich folgendes ereignet: Gleich zu Beginn haben die Bullen per Sprechfunk die Herren Ordner auf ein 'gewerkschaftsfeindliches' Transparent aufmerksam gemacht. (Nieder mit dem Bonzentum in den Gewerkschaften)

Daraufhin sind dann Ordner in den Zug eingebrochen und wollten dieses Transparent runterreissen. Aber das wurde durch die Verteidigung mit Fahnenstangen usw. verhindert. Daraufhin wurde dann von einem Ordner ein Polizeieinsatzwagen herbeigerufen. Trotzdem wurden die Transparente bis zum Ende des Zuges mitgeführt.

Dieses Vorgehen, besonders das der D'K'P-Funktionäre hat in der Essener D'K'P eine ziemliche Revellion hervorgerufen. Spontan knallten sechs Mitglieder ihre Mitgliedsbücher hin. SdAJler erzählten Essener Rotgardisten dass in Frohnhausen, also da, wo die D'K'P-Führer in den Zug reingefahren sind, dass dort eine Diskussionsveranstaltung über die 'Chaoten' stattfinden soll. Dazu wurden auch einige Rotgardisten eingeladen. (Natürlich nicht offiziell durch den Ortsvorstand.)

Als die Essener Genossen am angegebenen Treffpunkt dann erschienen, war von der D'K'P keiner da. Später erfuhren wir dann, dass die D'K'P die Veranstaltung verschoben hat, und diese nachgeholt werden soll. "Diese Veranstaltung müsse natürlich besser vorbereitet werden." Deswegen wird auch als Referent der D'K'P-Anwalt Herbert Lederer eingeladen, der sich als echter 'Kommunist' mit einem sehr feudalen Eigenheim in einem Essener Bourgeoisieviertel auszeichnet.

Aber diese Vorbereitung wird den Revisionisten nichts nützen. Die Essener Rotgardisten werden sich ebenfalls auf diese Veranstaltung gut vorbereiten und die Abwiegelei- und Verratspolitik der D'K'P-Führer entlarven.

Dieses Verhalten der D'K'P-Führer hat hoffentlich vielen Kollegen und Genossen gezeigt: Mit den D'K'P-Führeren kann es keinen gemeinsamen Kampf geben.

Dümmer gehts nimmer! Fortsetzung von S. 3

Wenn die Arbeiterklasse auf die kommunistische Propaganda so reagieren würde, dann hätten die IG-Chemie Bosse diese Broschüre nicht zu drucken brauchen.

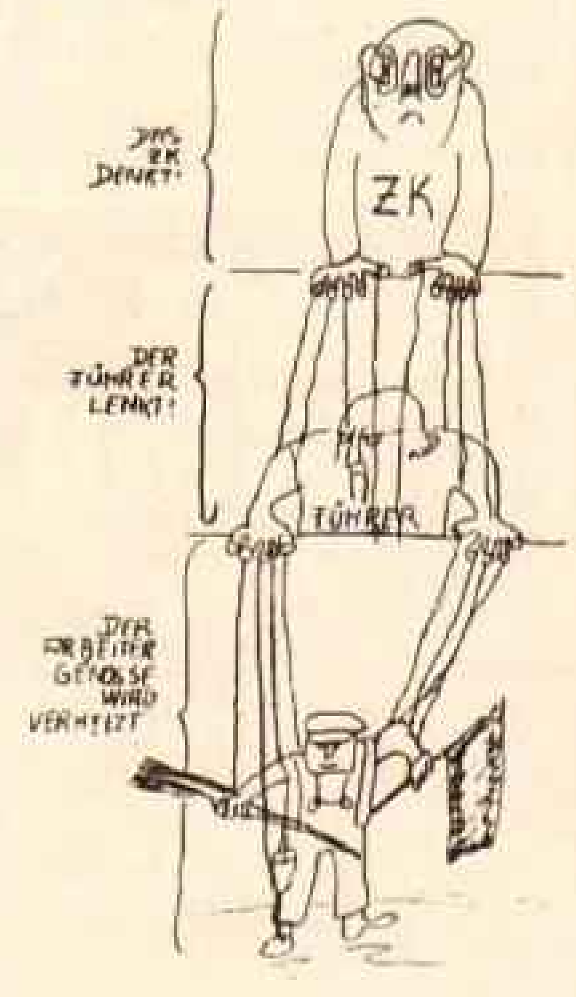
Sektierer, wird in der Broschüre verkündet, dass sind 'Intellektuelle Spinner', die mit einer Revolution alles zusammenschlagen wollen, und dafür wollen sie die Arbeiter vor ihren Karren spannen. Ist es dann nicht komisch meine Herren von der IG-Chemie, dass insbesondere Arbeiter in zunehmender Zahl in die KPD/ML eintreten. Dass das Ziel dieser Partei ist, mittels der Revolution die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats zu errichten.



Dann wird es noch wundersamer. Kommunisten werden zu Faschisten gemacht. Das geht so: "weil sie sich straffer Führung unterordnen, also alles andere als demokratisch sind. ...Liegt Ettikettenschwindel vor, wenn sich die Sektierer selbst als links bezeichnen ... Sie stehen in Wahrheit rechts, ihre Auffassung trägt faschistoide Züge."

Eine feine Verdrehung der Tatsachen, nur schon etwas abgenutzt. Sicher, die Kommunisten sind straff organisiert, das heisst, ihre Reihen sind zentral nach militärischen Gesichtspunkten ausgerichtet. (Allerdings auf der gleichzeitigen Grundlage der Demokratie, einer Demokratie die in jedem bürgerlichen Militär, Partei und Gewerkschaft fehlt.)

Eben deshalb, weil die KPD/ML den Angriffen der Reaktion mit ihrem militärischen und polizeilichen Gewaltapparat ausgesetzt ist, weil sie diesen Gewaltapparat zerschlagen will, ist die KPD/ML entsprechend ausgerichtet. Die Arbeiterklasse kämpft doch nicht gegen eine straffe Führung 'als solche'; unter straffer Führung steht die Arbeiterklasse jeden Tag im Betrieb. Die Arbeiterklasse kämpft gegen den, der da führt. Deshalb stellen die Kommunisten im Sinne der Arbeiterklasse die Frage: Entweder Diktatur der Bourgeoisie, das heisst Demokratie für die kleine Minderheit von Kapitalisten, oder Diktatur des Proletariats, das heisst Demokratie für die überwiegende Mehrheit des Volkes.



Jetzt muss noch klargemacht werden, dass es sich bei den Kommunisten um vom Kapitalisten ausgehaltene Figuren handelt. Dazu wird dann folgendes Gedicht verfasst: "Es gibt Hinweise ... die daraufhindeuten, dass Söhne reicher Eltern per Scheck die gigantischen Druckerrechnungen aus der rechten Hosentasche bezahlen. Eine gewisse Erklärung dieses zunächst verblüffenden Umstandes könnte sein, dass die Sektierer deutlich für die Interessen der Unternehmer ... arbeiten." Man höre: 'Gigantische Druckrechnungen', die nur noch von Kapitalisten bezahlt werden können. Diese Behauptung wird lächerlich, wenn man weiss, dass zum Beispiel ein Flugblatt in 1000 Blatt Auflage mit allem drum und dran nicht mehr als 10.-DM kostet.

Natürlich setzten sich die Kommunisten mit aller Kraft für die Idee des Kommunismus, für die Sache der Arbeiterklasse ein. Sie nehmen dafür auch manches finanzielle Opfer in Kauf. Die Betriebszeitungen werden grösstenteils von kommunistischen Kollegen nach der Arbeit geschrieben und von ihnen selbst gedruckt. Einen solchen Apparat, wie die Gewerkschaftsführung, den Stab an Bürokraten, Redakteuren und ganze Druckunternehmen können wir uns natürlich nicht leisten.

Lügen über Lügen stehen in diesem Machwerk der IG-Chemie Bosse, einzig zu dem Zweck die Kommunisten zu diffamieren. Man kennt doch den Ton der aus dieser Hetze spricht, man kennt ihn zum Beispiel aus der Bild-Zeitung.

Aber alles was recht ist, rechts bleibt doch rechts, und links links.



Hungerstreik der politischen Häftlinge

Seit dem 7.5.73 befinden sich zwischen 50 und 100 politische Häftlinge in der Bundesrepublik im Hungerstreik. Der Streik richtet sich nach den Aussagen des Rechtsanwalts gegen die psychische Folter in den Gefängnissen der Bundesrepublik, in der die Häftlinge – und nicht nur die politischen – "über Jahre innerhalb des Gefängnisses total isoliert, ausgeschlossen von jedem menschlichen Kontakt" leben. Die Forderungen der Häftlinge richten sich darum gegen Berufs- und Postverbote, gegen politische Zensur von Zeitungen und Büchern.

Die Bourgeoisie will den Klassenkampf unterdrücken, indem sie die mutigsten Kämpfer in den Kerker wirft, körperlich und seelisch foltert. Aber der mutige Kampf der politischen Häftlinge zeigt: Der Klassenkampf lässt sich nicht ersticken. Auch hinter den modernsten Gefängnismauern wird die Faust gegen die Herrschenden erhoben.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Chilenische Hoechst-Arbeiter fordern Enteignung!

Seit dem 4.Mai halten chilenische Arbeiter eine Fabrik der Farbwerke Hoechst besetzt. Mit dieser mutigen Aktion haben sie die Hoechstbosse und ihre Handlanger in der BRD-Regierung in Angst versetzt. Die chilenischen Hoechstarbeiter fordern nicht nur kräftige Lohnerhöhungen und Verbesserung der mörderischen Arbeitsbedingungen. Sie wissen, dass sich ihre Lage nur ändern kann, wenn den ausländischen Imperialisten in Chile der Profithahn abgedreht wird. Sie fordern darum die Enteignung der Hoechstwerke in Chile.

Mit dieser klaren und einfachen Erkenntnis stehen die chilenischen Arbeiter aber in schroffem Gegensatz zu den pseudomarxistischen Wasserköpfen und revisionistischen Führern der chilenischen Regierung. Aus Angst vor einem 'Bürgerkrieg' und aus Angst die Imperialisten zu erzürnen, begnügen sie sich mit halben Schritten, unternehmen sie alles, um den Imperialisten ja nicht zu weh zu tun. So haben sie auch in diesem Fall den Hoechst-Bossen und BRD-Diplomaten versichert, sie würden alles tun, um den 'Arbeitskonflikt' zu beenden.

Mit dieser Politik des Ausgleichs gegenüber den Imperialisten und den einheimischen Kapitalisten macht sich die 'sozialistische' Regierung Allendes selbst zum Instrument der Konterrevolution.

Erst in den letzten Tagen liess diese Regierung eine Protestaktion von 13 000 streikenden Minenarbeitern mit brutalem Polizeieinsatz niederschlagen. Die Lage der werktätigen Massen hat sich unter der Regierung Allendes nicht gebessert.

Kein Wunder, wenn immer mehr chilenische Werktätige Allendes Bluff vom friedlichen Weg zum Sozialismus durchschauen, und die Wahrheit begreifen, die die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles (Marxisten-Leninisten) propagiert:

Nur durch den bewaffneten Kampf können wir Imperialismus und Kapitalismus besiegen!

NUR DURCH DEN BEWAFFNETEN KAMPF KÖNNEN WIR IMPERIALISMUS UND KAPITALISMUS BESIEGEN!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Krieg im Libanon!

Im Libanon wird gekämpft. Diesmal sind es aber nicht israelische Terrorkommandos, sondern libanesische Regierungstruppen, die heimtückisch das Feuer aus palästinensische Flüchtlingslager und Stellung palästinensischer Frieheitskämpfer eröffnet haben.

Araber kämpfen gegen Araber. Warum? Auch in den Reihen der arabischen Völker gibt es Verräter, Verräter wie den jordanischen Bluthunc Hussein, der unterstützt vom US-Imperialismus und den israelischen Zionisten, das palästinensische Volk ausrotten wollte. Es ist ihm nicht geglückt. Nun haben sich Zionisten und USImperialisten einen neuen Hussein gekauft!

Sie haben ihn gefunden in den Reihen der libanesischen Bourgeoisie die weitgehend vom US-Kapital abhängig ist. Der Libanon wird beherrscht von amerikanischen Banken, Handels- und Erdölgesellschaften. Kein Wunder also, dass die gegenwärtige libanesische Regierung leicht nach ihrer Pfeife tanzt.

Im Verlauf der letzten drei Jahre hat die libanesische Regierung mehr und mehr die Rechte der Palästinenser im Libanon eingeschränkt und damit ständig das 1969 geschlossene 'Kairoer Abkommen' verletzt. Es wurde den Palästinensern verboten von libanesischem Gebiet aus Raketen nach Israel abzuschiessen, sie mussten sich zehn bis fünfzehn Kilometer von der israelischen Grenze zurückziehen, usw. Israelische Überfälle auf libanesisches Gebiet, die Zerstörung und Ausrottung ganzer Dörfer wurde dagegen von der libanesischen Regierung mit lahmen Protestnoten beantwortet. Ihre Armee hat da kaum eingegriffen.

Umso wütender wurden ihre Angriffe auf die Palästinenser. Sie würden die Israelis provozieren, ohne die Palästinenser gäbe es Ruhe im Libanon usw. Nur durch diese Haltung ist es zu erklären, dass israelische Kommandos am hellichten Tag in Beirut Führer der Palästinenser ermorden konnten und daraufhin ungeschoren das Land wieder verliessen.

Die libanesischen Reaktionäre wollen 'Frieden' mit den israelischen Zionisten, sie verdienen am Handel mit Israel und den USA, das palästinensische Volk ist ihnen dabei ein Dorn im Auge. Darum wollen sie das palästinensische Volk ausrotten.

In Wirklichkeit ist die libanesische Regierung nur ein Werkzeug des Komplotts zwischen den Zionisten, den US-Imperialisten und den sowjetischen Imperialisten. Ja, auch der sowjetischen Imperialisten. Dieser angebliche 'Freund' der arabischen Völker hat noch nicht einmal gegen den Vernichtungsfeldzug der libanesischen Regierung protestiert. Im Gegenteil, er hat die libanesischen Reaktionäre ermuntert. Eine Woche vor dem Angriff der libanesischen Regierung drohte Leonid Breshnew den arabischen Völkern: Es darf zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Krieg mit Israel geben. Mit anderen Worten: Bekämpft die Palästinenser (denn die Palästinenser stehen an der Spitze des Kampfes gegen den israelischen Zionismus.)

Nun die libanesische Regierung hat diesen Wink mit dem Zaunpfahl kapiert. Aber, so geschickt und heimtückisch dieses Komplott auch eingefädelt ist es wird scheitern. **Der bewaffnete Widerstand der Freiheitskämpfer ist stark. Das libanesische Volk hat schon bei den mächtigen Protestdemonstrationen gegen die passive Politik der Regierung gegenüber den Zionisten gezeigt, auf welcher Seite es steht. Die Mehrzahl der anderen arabischen Regierungen wie Ägypten, Syrien und Lybien stehen geschlossen hinter den Palästinensern. Lybiens Staatspräsident Gaddafi hat ihnen das 'gesamte Potential Lybiens' zur Unterstützung zugesagt.**

Diese Front lässt sich auch nicht einschüchtern von den Angriffsdrohungen der israelischen Zionisten. 'Falls Beirut nicht in der Lage sein sollte, Herr der Situation zu werden, dann werden wir leider intervenieren müssen', so droht Golda Meir.

Nur diesmal werden sie sich 'leider' blutige Köpfe holen. Die arabischen Völker und die fortschrittlichen arabischen Regierungen sind geschlossener denn je. Daran können auch die libanesischen Mariontten nichts ändern. Im Gegenteil ihre Machenschaften rufen nur um so grösseren Widerstand hervor.

ES LEBE DER FREIHEITSKAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES!



Bürgerkrieg im Libanon: Die reaktionäre Regierung stellt weibliche Polizeieinheiten auf. Hier Offiziersanwärterinnen bei einer Scharfschützen-Übung.

Neue Siege des Volkes von Dhofar



SAUT AL-THAWRA

Weekly News Bulletin Issued by People's Front for the Liberation of Oman & the Arabian Gulf

Aden Office P. O. Box 5037
Ma'alla, Aden, P. D. R. Yemen

Kopi der wöchentlich erscheinenden Bulletins der Volksfront für die Befreiung von Oman und dem arabischen Golf.

Der bewaffnete Kampf des Volkes von Dhofar im Sultanat von Oman macht neue Fortschritte: In nur drei Februarwochen führten die bewaffneten Befreiungskräfte 80 Angriffe durch. Sie zerschlugen eine feindliche Operation im Norden des Landes, beschossen mehrmals den feindlichen Flugplatz in Nord-Sarfet, und auch den Flugplatz im Westen des Landes. Im März griffen sie wieder vierzigmal feindliche Stellungen an und schossen drei Flugzeuge und einen Hubschrauber ab. Sie töteten mehr als 100 Söldner, darunter auch britische Offiziere.

Diese Erfolge sind ein Beweis der Überlegenheit des Volkskrieges. Wenn das Volk mit der Waffe in der Hand für seine Freiheit kämpft, dann kann es auch einen militärisch überlegenen Gegner besiegen.

Die britischen Kolonialisten sind durch diese Erfolge in Panik geraten. Sie fürchten um ihre Profite aus der Ausbeutung der Erdölquellen. Darum war jetzt auch der englische Verteidigungsminister Lord Kerington in Oman und führte Gespräche über weitere militärische Unterstützung und finanzielle Hilfe mit der Marionette Sultan Kabus. Das allein bietet den britischen Imperialisten aber nicht genug Sicherheit. Sie verhandelten ausserdem mit dem rearktionären Regimes von Saudi-Arabien und dem Iran, um sie für eine Unterstützung im Kampf gegen die 'Rebellen' zu gewinnen. Wie es scheint haben sie mit ihren Bestechungsversuchen Erfolg gehabt. Der iranische Premier besuchte kürzlich London und sicherte den Briten militärische Unterstützung im Kampf gegen die Befreiungskräfte von Dhofar zu.

Es besteht kein Zweifel daran, dass das Volk von Dhofar gemeinsam mit den anderen Völkern am arabischen Golfs diese neuen Komplotte durchkreuzen werden.

"Unser heroisches Volk – heisst es in einer Erklärung der Front für die Befreiung des Oman und des Arabischen Golfs – wird mit der Waffe in der Hand bis zum letzten Kämpfer Widerstand leisten. Wir vertrauen vollkommen auf die Fähigkeit des Volkes, den Sieg zu erringen.

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA 23.oo - 23.3o 41 und 5o Meter, 215 Meter

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter

32 Meterband entspricht 9.26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
5o Meterband entspricht 5.95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o
21.oo - 22.oo

Immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter

Türkei: Bewaffneter Kampf gegen den Faschismus !

Einige Beispiele des heldenhaften Kampfes des türkischen Volkes aus der jüngsten Vergangenheit:

– Im Oktober Streik in der Eisen-Giesserei Demir Döküm, die der westdeutschen Junker AG gehört. Nach Aussagen der aus dem Urlaub nach Westeuropa zurückkehrenden türkischen Arbeiter (die türkische Presse hat nach den ersten Meldungen über diesen Streik nichts mehr berichtet) war die Fabrik sofort nach Beginn des Streiks von Panzern umstellt. Als die Arbeiter der Aufforderung, den Streik aufzugeben, nicht nachkamen, griffen die schwerbewaffneten Armee-Einheiten die streikenden Arbeiter an. **Doch die Arbeiter leisteten bewaffneten Widerstand!** Acht Arbeiter verloren bei diesem grossen Kampf ihr Leben.



Türkische Arbeiter und Studenten demonstrieren auf dem Roten 1. Mai 1973 in Hamburg

– Die türkischen Zeitungen vom 31.10.72 berichteten, dass im unter Ausnahmezustand stehenden Industriegebiet Kocaeli eine Streikwelle ausgebrochen ist. Den seit 67 Tagen streikenden Arbeitern der Fabrik Kromen Celik Sanayi schlossen sich die Arbeiter mehrerer anderer Fabriken an, so z.B. des der Bayer AG gehörenden Werkes Korunma Tarim Ilaclari und der Lastwagenfabrik TOE, die der amerikanischen General Motors Co. gehört.

– 180 Bauern einer staatlichen Farm in Ceylanpinar (Südostanatolien) waren vor etwa drei Monaten in den Streik getreten und wurden seitdem mehrmals von Kommando-Einheiten mit Waffengewalt zur Arbeit gezwungen. Jetzt war das Mass voll: Es kam zu Schiessereien. **Die Bauern entwaffneten die Kommandos und trieben sie auseinander!** Panzer wurden zur Verstärkung der Armee herangezogen. Die tapferen Bauern ergaben sich nicht, sondern zogen sich in den Untergrund ins Gebirge zurück!

– An den Wänden der meisten ost- und südanatolischen Städte sind seit kurzem die Parolen zu lesen:

Kein Recht zum Leben für Grossgrundbesetzer, blutsaugende Wucherer und denunzierende Verräter! Vorwärts im Vernichtungskampf!

Diese Kämpfe zeigen, dass das türkische Volk nicht länger gewillt ist, sich den bewaffneten Faschisten zu ergeben. Der Kampfmut des Volkes wächst und erstarkt durch immer neue, weitere Kämpfe!

(Aus der Novembernummer von: 'Patriotische Einheitsfront').



'Volkssturm' der untergehenden Lon-Nol-Clique in Pnom Penh. 12- bis 15-jährige Kinder werden als letztes Aufgebot gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte geschickt, die fast das ganze Land unter Kontrolle haben. Währenddessen desertieren täglich neue Bataillone der US-Lakaien. Die Völker Kambodschas kämpfen trotz ständigem Bombenterror der US-Luftwaffe weiter bis zum endgültigen Sieg.

Sozialimperialistische Raubpolitik: Beispiel Ungarn

Berichte ungarischer Kommunisten

Am 20. August 1949, durch die Verabschiedung der revolutionären Verfassung der Ungarischen Volksrepublik, wurde der Sieg der Diktatur des Proletariats auch in der Verfassung gesichert. Diese revolutionäre Verfassung war eine wertvolle Hilfe für die ungarische Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie, in ihrem Kampf für den Aufbau des Sozialismus. Zwischen 1949 und 1956 hat die ungarische Arbeiterklasse unter der Führung der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP) grosse Siege im Aufbau des Sozialismus errungen.

Im April 1972 — 23 Jahre danach — wurde die revolutionäre Verfassung von der Partei der ungarischen Arbeiterverräter entscheidend verändert. Sie sprechen natürlich über eine Veränderung in Richtung Kommunismus, über eine 'höhere Qualität, Ebenen der ungarischen sozialistischen Verfassung'. Wir meinen dagegen, dass die im April 72 verabschiedete neue Verfassung, eine **bürgerliche** Verfassung ist. Sie sichert die Macht der neuen ungarischen Bourgeoisie verfassungsmässig ab.

Freie Marktwirtschaft in Ungarn

In der neuen Verfassung ist das Prinzip der freien Marktwirtschaft festgelegt worden. Im Paragraf 9 heisst es: "Die staatlichen Betriebe und wirtschaftsführende Organe wirtschaften **im Dienst der allgemeinen Interessen der Gesellschaft,** nach gesetzlich bestimmten Modus und in gesetzlich bestimmter Verantwortung **selbständig mit dem ihnen anvertrauten Vermögen.**"

Zum Vergleich stellen wir die alte revolutionäre Verfassung der neuen gegenüber. Dort hiess es: "In der Ungarischen Volksrepublik ist die lenkende Kraft der Volkswirtschaft die Staatsgewalt des Volkes... **Die Staatsgewalt lenkt und kontrolliert,** gestützt auf die gesellschaftliches Eigentum bildenden Unternehmen, das staatliche Banksystem und die landwirtschaftlichen Maschinenstationen, **die Volkwirtschaft im Interesse der Produktivkräfte, der ständigen Hebung des materiellen und des kulturellen Niveaus der Werktätigen und der Steigerung der Wehrfähigkeit des Landes.**"

Hier sind also klar und deutlich die Prinzipien der freien Marktwirtschaft festgelegt worden:

a) Die Betriebe wirtschaften selbständig und ihr einziges Ziel ist es "Gewinn zu erzielen" (Nyers an den X. Parteitag der USAP);

b) Die Betriebe wirtschaften nicht mehr im Interesse der Werktätigen und der Entwicklung der Produktivkräfte, sondern im 'Dienst der allgemeinen Interessen der Gesellschaft'.

Wir werden im Folgenden aufzeigen, dass die 'allgemeinen Interessen der Gesellschaft' mit den ganz gewöhnlichen Interessen der neuen ungarischen Bourgeoisie gleich sind.

Die Verteilung der Gewinne

In einem sozialistischen Staat werden die Gewinne der Betriebe in die gemeinsame Staatskasse restlos eingezogen, und je nach den Interessen der Werktätigen geplant, verteilt und ausgegeben. Im heutigen Ungarn dagegen sieht es folgendermassen aus: Die Gewinne der einzelnen Betriebe werden nicht vom Staat eingezogen, sondern 'progressiv' versteuert. Es gibt nach dem offiziellen Steuerschlüssel eine höchstmögliche Steuer von 70%. Die Progressivität der Steuer bewegt sich zwischen 0 und 70%. Das heisst also, dass mindestens 30% der erzielten Gewinne im Betrieb bleiben. Das bedeutet gleichzeitig:

1. Dass die Manager der verschiedenen Betriebe unabhängig voneinander und **gegeneinander** über Investitionen, Märkte, Produktion usw. entscheiden. Entsprechend dieser freimarktwirtschaftlichen Praxis wurden in Ungarn im Jahre 1971 80% der geplanten Investitionen nicht beendet. Oder im Jahre 1970 verbrauchten die ungarischen Betriebe ihren jährlichen Kredit innerhalb von vier Monaten.

Denn in jedem Betrieb versuchen die Manager durch Investitionen die Grösse des Betriebs zu erweitern, um im Wettbewerb zu bestehen. Die Manager, gemeinsam mit den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären planen bewusst 'unter'. Sie geben weniger Kosten einre Neuinvestition zur Genehmigung bei den Behörden ab, als sie es in der Wirklichkeit kosten würde. Denn sie wissen auch, dass bei halbfertigen Bauten sie leichter Geld vom Staat zur Beendigung der Investitionsvorhaben erhalten.

2. Die von den ungarischen Werktätigen erarbeiteten Gewinne landen in den Taschen der leitenden Manager, der Partei und der Gewerkschaftsfunktionäre.

Die Aufstellung des 70%-igen Gewinnsteuerhöchstsatz war allerdings wohl ein Fehlgriff der ungarischen Revisionisten. Bald merkten sie, dass diese 'hohe' Gewinnsteuer den 'Realitäten' widerspricht. Sie "verringert die Intensität des materiellen Anreizes", d.h. die Gewinne der ungarischen Bourgeoisie!

Wenn aber selbst das Finanzministerium den 70%-igen Höchstsatz zu viel findet (angestrebt wird jetzt 30-35% Besteuerung), dann werden die Manager von der Wirtschaft erst recht sie als zu hoch empfinden. Und wenn es schon nach den Bestimmungen des Finanzministeriums möglich wird, statt 70%, 30% Steuer zu zahlen, dann wird es wohl in der Praxis möglich sein, noch weniger als 30% Steuer zu zahlen. Die Untersuchung des Finanzministeriums im Herbst 72 in 2600 Betrieben ergab dann auch, dass allein bei diesen Betrieben im ersten Halbjahr 72 **eine halbe Milliarde Forint** zu wenig Steuer bezahlt worden war (Nepszabadsag, 7.10.72).

Geld und Gewinne sind die einzigen Ziele der ungarischen Revisionisten, die sie noch verfolgen. Wenn die rücksichtslose Ausbeutung der ungarischen Werktätigen keine Steigerung der Gewinne mehr bringt, dann sind sie gleich bereit, im Ausland riesige Schulden aufzunehmen.

Innerhalb von zwei Jahren nahm die Ungarische Nationalbank Anleihen im Wert von über 150 Millionen Dollar am westeuropäischen Kapitalmarkt auf. Interessant zu sehen, welche ausländischen Banken den Kauf der Anleihescheine der Ungarischen Nationalbank organisierten bzw. selber am Kauf beteiligten: National Westminster Bank, Moskow Narodny Bank und Morgan, Greenfell und Co.

All these securities having been sold, this announcement appears as a matter of record only.

National Bank of Hungary

U.S. $50,000,000

8½ per cent. Bonds 1987

National Westminster Bank Limited

Morgan Grenfell & Co. Limited **Moscow Narodny Bank Limited**

Associated Japanese Bank (International) Limited

Bank für Gemeinwirtschaft A.G. **Bank of America Limited**

Japan International Bank Limited

A KÖTVÉNYKIBOCSÁTÁSI KÖZLEMÉNY A FINANCIAL TIMESBAN

15 évre szólt

Ausser diesen Krediten nahm Ungarn auch in Moskau bei der Internationalen Investitionsbank in grossen Mengen ausländisches Geld auf. Die Kapitalisten von Ost und West, von New York bis Moskau marschieren in einer Reihe, um Ungarn in ihre Kolonie zu verwandeln. Die Lage ist günstig! Die korrupte ungarische Führung ist nicht wählerisch, wenn es um ihre Profite geht. Sie verkauft das Land, die produzierten Werte der ungarischen Werktätigen jedem ausländischen Bourgeois.

ist natürlich auch eine Lüge, denn Ungarn hat grosse Braunkohle- und teilweise Schwarzkohlenvorräte. Hier seien die Herren Revisionisten noch daran erinnert, dass Gombös in den dreissiger Jahren mit der gleichen Begründung das Bauxit an seine faschistischen Freunde in Deutschland verkaufte.

Die Schwerindustrie befindet sich seit Jahren in Stagnation. Mit der Begründung: Ungarn könne allein die Kosten für grosse Industrieanlagen nicht tragen, blockieren Kadar, Nyers und Feher bewusst die Weiterentwicklung der Schwerindustrie:

Innerhalb einiger Jahre sind einige Zweige der ungarischen Schwerindustrie ruiniert worden. So produziert man in Ungarn zum Beispiel keine Traktoren mehr. Die Traktorenfabrik 'Roter Stern' in Budapest konnte der Konkurrenz der russischen, tschechischen und deutschen Traktorenfabriken nicht die Stirn bieten. Die LPG's in Ungarn kauften die billigeren ausländischen Traktoren und die ungarische Traktorenfabrik musste ihre Produktion auf die Herstellung von Bremsen reduzieren.

So führen sie Ungarn in immer grössere Abhängigkeit gegenüber dem Ausland, besonders der Sowjetunion.

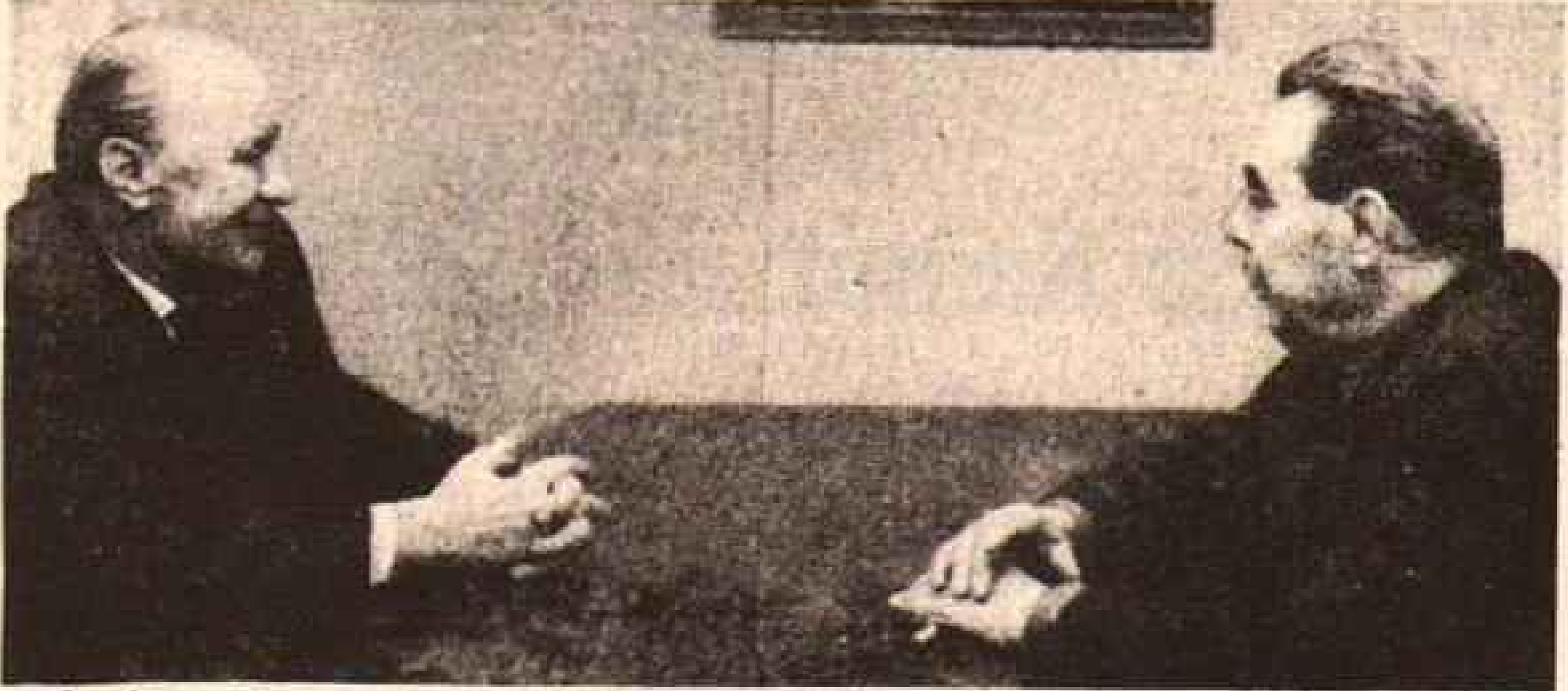
Ihre Wirtschaftspolitik unterscheidet sich kein bisschen von der Wirtschaftspolitik des reaktionären Horty-Regimes vor dem II. Weltkrieg. Der einzige Unterschied besteht höchstens darin, dass Horty und Gömbös dem faschistischen Deutschland, Kadar, Nyers und Co. der sozialfaschistischen UdSSR die Rechte und die Unabhängigkeit Ungarns verkauft haben.

Für seine erfolgreiche landesverräterische Tätigkeit erhielt im November 72 Kadar die höchste Auszeichnung der Sowjetunion — von Genosse Breshnew persönlich überreicht.

In den jetzigen Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und der UdSSR spielt Ungarn die Rolle des Zubringerindustriestaates. Beinahe 20 ungarische Fabriken arbeiten alleine nur für die russischen Fiat-Werke. Die MMG in Budapest, die BM in Veszprem, dann weitere Betriebe in Satoraljaujhely, Györ, Zalaegerszeg usw.

Ungarns wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass die UdSSR Ungarns wichtigster Rohstofflieferant ist. Im Jahre 1971 importierte Ungarn 42% seines gesamten Rohstoffbedarfs aus der UdSSR. Noch verheerender ist die Abhängigkeit beim Import von Energieträgern und Rohstahl. Nahezu 100% des importierten Rohstahl, 90% des importierten Öls, 98% des importierten Motorbenzins, 92% des importierten Heizöls stammt aus der UdSSR. 71% des gesamten Imports von Energieträgern kommt somit aus der Sowjetunion. Die nachfolgende Tabelle gibt ein anschauliches Bild über die Abhängigkeit der ungarischen Wirtschaft von den russischen Lieferungen.

Mehrere Zechen sind in Ungarn zugemacht worden.



KÁDÁR JÁNOS ÉS L. I. BREZSNYEV BARÁTI MEGBESZÉLÉSEI

Somit ist Ungarn schon lange eine Kolonie der sozialimperialistischen UdSSR geworden.

Die UdSSR, als grösste Wirtschaftsmacht der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, auch als Comecon bekannt), nützt uneingeschränkt ihre Macht gegenüber den kleineren Mitgliederstaaten aus.

Seit den letzten 15 Jahren sind fast alle grossen Investitionen in der UdSSR gebaut worden. Riesige Anlagen, wie z.B. Stahlwerke, Koks- und Oelraffinerien, Automobilfabriken werden nur in der Sowjetunion gebaut, wobei die Investitionskosten von allen Staaten gemeinsam getragen werden. So bauen Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien und Ungarn gemeinsam in der UdSSR in Usty-Ilim eine grosse Celluloid-Fabrik. In Kirsk wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Staaten ein riesiges Stahlwerk gebaut.

Moskau argumentiert dann so: "Wir sparen somit die Transportkosten der Rohstoffe." Gewiss! Nur werden dadurch für die Entwicklung der Schwerindustrien in Polen, Ungarn usw. jegliche Grundlagen entzogen. Aber das alleine will Breshnew.

Ein kräftiges Beispiel imperialistischer Wirtschaftspolitik der UdSSR gegenüber Ungarn ist das Aluminiumabkommen von 1962. Dort heisst es: Ungarn soll billig den Rohstoff Bauxit in die Sowjetunion exportieren, und dafür erhält Ungarn fertige Aluminium-Blöcke. Die Transportkosten (für das Bauxit) ist doch nicht so teuer. Was in diesem Falle den Revisionisten teuer war, war die elektrische Energie. "Ungarn hat zuwenig Strom", sagten gleichzeitig Chruschtschow und Kadar. Das

Ausserdem ist bekannt, dass die Preise der russischen Rohstoffe durchschnittlich doppelt so hoch liegen, als an der Londoner Börse. Somit können die Imperialisten von Moskau auch auf dem Rohstoffsektor ihre Kolonialpolitik gegenüber Ungarn durchsetzen.

Wichtige Importgüter (1970)

STOFF	GESAMTIMPORT	IMPORT AUS DER UDSSR	
	(In Tonnen)	(In Tonnen)	In %
Kohle	1 985 833	368 151	18%
Öl	4 348 701	3 951 737	93.5%
Eisenerz	3 118 626	2 985 551	95%
Rohstahl	192 353	189 708	97.1%
Gewalzter Stahl	483 442	346 254	70%
Heizöl	297 516	270 077	92.5%
Koks (Kohle)	1 254 074	539 750	48%
LKW (in Stück)	15 618	6 445	41%
PKW (in Stück)	48 993	7 624	20%
Traktoren	4 855	2 992	61%
Mähdrescher	1 472	1 291	96%

Es war kaltblütiger MORD!

Unser lieber 14jähriger Sohn und Bruder

Rudi Frank

wurde am 30. April 1973 durch Schüsse aus einer MP durch einen Polizisten von hinten erschossen.

In tiefem Schmerz:

Rudolf Frank und Frau Elisabeth
Evelyn und Liane

Eschwege, den 2. Mai 1973

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 4. Mai, um 14 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Am 30.4.73 wurde der 14-jährige Schüler Rudi Frank, durch zwei gezielte Schüsse in den Hinterkopf von dem Polizisten Hans-Peter Hofmann erschossen. Sein Vergehen: Fahren ohne Führerschein. Er ist das Opfer einer filmreifen Verfolgungsjagd hysterischer Polizeieinheiten. Die Folge der systematisch betriebenen Hetzkampagne, mit der die Polizeibeamten zum rücksichtslosen Schusswaffengebrauch aufgefordert werden. Blindwütig schiessende Polizisten, das braucht die Bourgeoisie. Sie braucht sie in letzter Konsequenz für den Bürgerkrieg, gegen die sich erhebende Arbeiterklasse.

Ein Flugblatt der Roten Hilfe schreibt dazu:

"Das ist in der Systematik des Polizeiapparates angelegter Terror und bedeutet: Vollzug der Todesstrafe ohne Gerichtsverhandlung. Rudi Frank ist lediglich das bisher letzte Opfer in der Reihe von 267 durch die Polizei seit 1948 ermordeten Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren.

Hier einige Exekutionen aus den letzten zwei Jahren:
1.März 1972: Der 17-jährige Lehrling Epple flüchtet vor einer Polizeikontrolle, weil er keinen Führerschein besitzt. Polizisten beschiessen den Wagen mit MP und treffen den Lehrling mit 7 Kugeln tödlich.
Juni 1972: Der Schotte Mc Leod wird 'versehentlich' von der Polizei erschossen.
Juli 1972: Ein 24-jähriger Mopedfahrer wird von der Polizei erschossen.
29.11.1972 Usbach: Nach einer Verfolgungsjagd wird ein des Diebstahls Verdächtigter von Polizeibeamten erschossen.
6.2.72, Nettling: Der 18-jährige Kfz-Mechaniker Heinz-Dieter Hübner wird beim Rausschmiss aus einem Lokal von Polizisten erschossen.
März 1972: Thomas Weisbecker wird auf offener Strasse in Augsburg von einem Polizeibeamten erschossen.
September 1971: Der Polizeibeamte Salzwedel ermordet in Berlin den unbewaffneten Autodieb, der bereits von dem Besitzer des gestohlenen Autos und einem Taxifahrer festgehalten wird.
2.3.73: Gunter L. wird von dem Polizeiobermeister N. Weckbach ermordet, durch einen Schuss in den Rücken."

Jetzt traf es Rudi Frank, aber es soll noch wilder weitergeschossen werden.
Fernsehstaatsanwalt Hans Sachs (Was bin ich?) forderte in 'Bild am Sonntag': "Die Polizei muss schneller schiessen!"

Prozess in Freiburg

SCHULDIGE AM MASSAKER VON FÜRSTEN FELDBRUCK BEIM NAMEN GENANNT!

Am 22.5.1973 findet um 9.30 Uhr im Freiburger Amtsgericht (2.Stock, Zi.246) ein Prozeß gegen die damalige presserechtlich verantwortliche Genossin der ehemaligen Gruppe 'Rote Fahne' Bochum statt.

Sie hatte verantwortlich gezeichnet für ein Flugblatt des ehemaligen ZB, das die wahren Schuldigen am Massaker von Fürstenfeldbruck, September 72, anklagte. Das sind jene Zionisten, die das palästinensische Volk mit Mord und Terror aus seiner Heimat vertrieben haben, das sind auch jene westdeutschen Imperialisten, die den Befehl zur Niedermetzelung der arabischen Patrioten in Fürstenfeldbruck gaben (und dabei die israelischen Geiseln – darauf weisen Tatsachen hin – ebenfalls liquidierten).

Das Massaker von Fürstenfeldbruck diente bekanntlich der westdeutschen Bourgeoisie zur Entfesselung einer grossangelegten Progromhetze gegen Araber, sowie gegen alle revolutionären Kräfte in Westdeutschland. Diese Hetzkampagne bereitete das Verbot der Palästinenserorganisationen GUPA und GUPS vor.

Auch mit diesem Prozess hofft die Bourgeoisie, dass in Zukunft Massaker wie in München von der marxistisch-leninistischen Pressenicht mehr angeprangert werden dürfen, dass in Zeiten verschärfter Progromhetze gegen Ausländer in Deutschland, keine andere Stimme als die Propagandisten der Polizeiberichte in der Monopolpresse Rederecht besitzen.

Solidaritätsresolution

FÜR DEN GENOSSEN ERNST AUST

Wir, die zur Mai-Feier der KPD/ML in Reutlingen versammelten Kollegen und Genossen, senden hiermit Genossen Ernst Aust unsere heissen Kampfesgrüsse. Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, soll vor die Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz gezerrt werden. Warum? Weil er der Arbeiterklasse dieses Landes den Ausweg aus kapitalistischer Unterdrückung und imperialistischer Kriegsgefahr gezeigt hat.

NIEDER MIT DEM BONNER STAAT!
KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!
ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

Genosse Ernst Aust hat, zusammen mit den anderen Genossen um die Zeitung 'ROTER MORGEN' – trotz und gegen den Verrat an der Revolution durch die modernen Revisionisten – die Fahne des Marxismus-Leninismus hochgehalten. Die Gründung der KPD/ML am 31.Dezember 1968 – 50 Jahre nach der Gründung der KPD durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – bedeutete die revolutionäre Kampfansage an die herrschende Klasse dieses Landes und bewies zugleich die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-Tung-Ideen.
Wir werden für die Freiheit von Genossen Ernst Aust kämpfen!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
ES LEBE DIE KPD/ML!

Reutlingen, 28.4.73

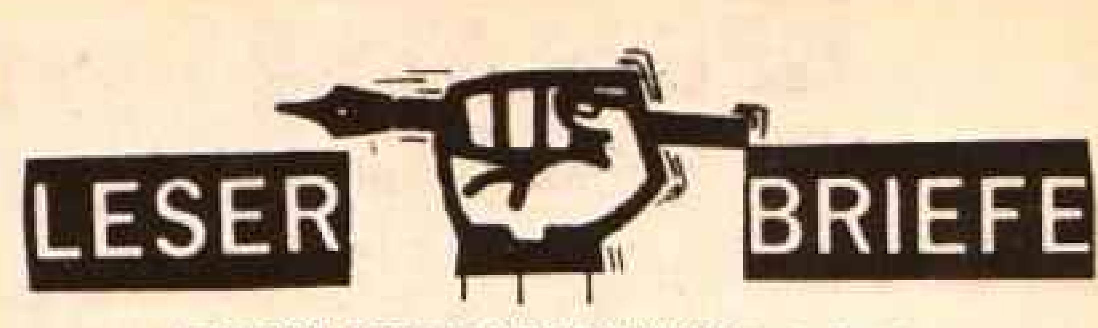
Solidaritätstelegramm

Mailand, den 9.5.73

An das ZK der KPD/ML!
Gegen die repressiven Versuche der Brandt-Regierung, alle Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen zu untersagen und gegen den Versuch, Kommunisten zu verbieten – Aktionsfreiheit für alle Revolutionäre. Gegen die Repression der reaktionären Regierungen Europas!

Kommunistische Grüsse!
P.C.(ML)I.*

*Eine revolutionäre italienische Organisation.



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Regierungsmai in der DDR

Liebe Genossen!

Zum 1.Mai war ich in der DDR. Zunächst ein überwältigendes Bild. Fast aus jedem Haus rote Fahnen, die Strassen und Plätze geschmückt. Aber der erste Schein trügt. Es sind nicht die Fahnen des Klassenkampfes. In den Parolen ist zwar die Rede von Solidarität mit Vietnam, aber sonst kaum etwas über den BRD-Imperialismus oder den Klassenkampf im eigenen Land, vom Kampf gegen den Bürokratismus wie in Albanien. Es gibt keine Karrikaturen oder so etwas wie Flete Rrufe (Blitzbriefe – Red.), wie wir in Albanien so oft gesehen haben. Überhaupt ist eine Kritik kaum möglich, fast jeder hat Angst etwas zu sagen, aus Angst seine Stellung zu verlieren.

Dabei sind eine Reihe von Sachen wie Schiebung bei der Wohnungsvergabe bürokratische Verwaltung, Vetternwirtschaft u.Ä. durchaus bekannt. Die Jugend ist schon sehr weit von westlicher Mode beeinflusst, lange Haare, bürgerlicher Mode- und Frauenzeitschriften sieht man überall. Die Gespräche dreht sich darum, wie richte ich mit mein Leben besser ein, kaum um die allgemeinen Erfordernisse der Gesellschaft, um die Probleme des kollektiven Aufbaus des Sozialismus.

Auch die Demonstration ist nicht Ausdruck des proletarischen Internationalismus, ein Beitrag zur Unterstützung der kämpfenden Völker. Die Teilnahme ist Pflicht, jeder hat seinen Stellplatz, seine Abmarschzeit usw. Die Strecke wird 'abgelatscht', die meisten sind froh, wenn alles vorüber ist. Natürlich gibt es an der Basis noch viele gute Ansätze, wie die Bilder zeigen, aber die breite Masse zieht lustlos und ohne Begeisterung an der Tribüne vorbei.



Die Jugend der DDR wird den Kampf im Geiste der grossen Führer des deutschen Proletariats wieder aufnehmen.

Genosse: Du hast sehr richtige Eindrücke auf der 1.Mai Demonstration in der DDR mitbekommen. Man merkt aber an deinem Brief, dass du immer noch nicht das System sieht dessen Erscheinungen du brandmarkst. In der DDR herrscht heute eben kein Sozialismus mehr, sondern ein Kapitalismus wie hier. Dann ist es kein Wunder, dass der 1.Mai dort ein ähnliches Gewand trägt, wie der Regierungsmai bei uns. Der Kapitalismus lässt sich eben nicht mehr verbergen, wenn man sich auch noch so bemüht, ihn hinter einem sozialistischen Mäntelchen zu tarnen.

* *

Genossen!

Bei der Berichterstattung über die Vorbereitungen und Durchfuhrung zum Roten 1.Mai in Westberlin sind einige Fehler unterlaufen. Das Entscheidende dabei war, dass wir die Arbeit in den 'Maikomitees oppositioneller Gewerkschaftler' nicht überall mit allen Kräften unterstützt haben. Hier müssen wir westberliner Genossen Selbstkritik üben. Das hätte auch im RM stehen müssen.

Die anderen Fehler, dass die 'Neue Welt' restlos voll war und dass sich 300 Kollegen eingereiht haben, sind nicht so wesentlich. In der 'Neuen Welt' auf der Grossveranstaltung der Partei zum 1.Mai waren 800 bis 900 Kollegen und Genossen, auf der Demonstration reihten sich genau 200 Kollegen (hier haben wir nicht genau berichtet) ein. Wichtig ist hierbei, dass sowohl auf der Grossveranstaltung und besonders auf der Demonstration am 1.Mai im Wedding in unseren Reihen die Arbeiter die Mehrheit und Führung hatten. Und das eben unterscheidet uns von anderen. Das haben nämlich auch die 200 Kollegen gemerkt, die sich in den Block der Partei eingereiht haben: Das ist die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML!

RM-Redaktion: Recht habt ihr, dass Fehler der Partei, nach der innerparteilichen Diskussion, auch gegenüber unseren Lesern verantwortet werden müssen. Das Prinzip der Kritik und Selbstkritik unterscheidet unsere Partei ebenfalls von Opportunisten und Revisionisten.

Der 1.Mai als Kampftag der Arbeiterklasse ist gleichzeitig ein Tag, an dem Rechenschaft über die vergangenen Kämpfe und ihre Lehren gezogen werden. Daher ist es auch falsch, eine korrekte Selbstkritik Eurerseits nicht abzudrucken.

* *

Genossen, **Westberlin, den 21.4.73**

Im RM 15/73 berichtet ihr von der Besetzung des Bonner Rathauses anlässlich des Thieu-Besuchs. Ihr schreibt nicht, dass diese Besetzung von den 'trotzkistischen' Führeren der 'KPD' geplant und grossenteils durchgeführt worden ist. Sie, die Studenten, die sich zu Arbeiterführeren ernennt haben: Semmler und Horlemann, haben die Verantwortung übernommen. ...
Die Rathausbesetzung hat aber durchaus Aspekte, die mit der Herkunft der Studentenpartei 'KPD' von der Westberliner Universität zu tun haben. Auch da wurde fleissig besetzt, aber was hat das mit dem Kampf der revolutionären Studenten an der Seite der Arbeiterklasse zu tun? Was hat die Ratshausbesetzung in Bonn der Arbeiterklasse und der revolutionären Arbeiterbewegung genützt??...

Rotfront, ein KSB/ML-Genosse

RM-Redaktion: Wir meinen, die Aktion von Bonn hat der Arbeiterklasse genützt. Die Schwäche und Verletzbarkeit des bürgerlichen Staates ist für breite Teile der Bevölkerung deutlich erkennbar demonstriert worden. Das nimmt dem Gespenst von der Allmacht des Staatsapparates, das noch in breiten Teilen der Arbeiterklasse zu resignativen Tendenzen führt, wieder ein Stück seines Schreckens. Dass der Stich gegen die Bourgeoisie getroffen hatte, das beweisst ihre hysterische Reaktion.
Richtig ist an Deiner Kritik, dass die Aktion gewisse Elemente der Studentenbewegung an sich hatte. So war sie der entscheidenden Kraft des antiimperialistischen Kampfes, der Arbeiterklasse, nicht in genügendem Masse vermittelt worden. Und Du hast auch recht, dass Stellvertreteraktionen von Studenten für die Arbeiterklasse bei der KPD/AO eine gewisse Linie bilden. Das ändert jedoch gar nichts daran, dass diese Aktion in Bonn in der Hauptseite richtig, revolutionär, und für die Arbeiterklasse von Nutzen war.

Todesanzeigen

"Es stirbt allerdings ein jeder, aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum."

Mao Tse-Tung

Am 21.4.73 ist unsere liebe Genossin Sabine Stich an Leberkrebs gestorben. Wir trauern um die Genossin, die durch ihren Einsatz zum Aufbau der Ortsgruppe Kiel der Partei aktiv beigetragen hat.
Sabine, die aus dem Kleinbürgertum kommt, hatte ihre Klasse verraten und sich voll auf die Seite des Proletariats und seiner Partei gestellt. Solange es ihr irgendwie möglich war, hat sie sich aktiv am Parteileben beteiligt. Selbst während ihrer Krankheit resignierte sie nicht und war voller Optimismus. So spendete sie für das Kinderheim in Nordvietnam voller Freude einen hohen Betrag. Die in ihrem Sinne durchgeführte Sammlung auf der Trauerfeier brachte nochmals über 600,– DM. Ihre Selbstlosigkeit und Kampfbereitschaft wird uns Anspom für die weitere Arbeit sein.

Ortsgruppe Kiel

Am 4.Mai abends ist der Genosse Hans-Wilhelm Lorenz bei einem Autounfall nahe Tübingen tödlich verunglückt.

Als ehemaliges Mitglied des KJVD und der GRFB hatte er in Freiburg und Stuttgart eine hervorragende revolutionäre Arbeit geleistet. Als einer der ersten hatte sich der Genosse nach dem Zusammenbruch der GRFB der Partei unterstellt.

Noch vor wenigen Wochen verfasste er die Plattform des Ausländerkomitees in Stuttgart; in der neuen örtlichen ROTE-HILFE-Zeitung stehen zwei Artikel von ihm; im Roten Morgen Nr.17/73 wurde von ihm ein Bericht über den Prozess gegen den 'Roten Mercedes' abgedruckt.

Bei seinem Begräbnis hielt ein Genosse folgende kurze Rede:
"Wir nehmen Abschied von Dir im Namen der KPD/ML, in deren Reihen Du gestanden hast und im Namen vieler Freunde und Genossen, die mit Dir zusammen und zum Teil unter Deiner Leitung im Kampf für den Sozialismus in Westdeutschland und Westberlin gestanden haben....

Wir versprechen Dir hier, dass wir und mit uns viele andere und von Tag zu Tag mehr in Deinem Sinne und mit verstärkter Kraft weiterkämpfen werden: Gegen den Imperialismus, gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung – für den Sozialismus und eine Welt, in der die Freundschaft der Völker Kriege nicht mehr zulassen wird.

Rot Front!"

Hände weg
vom Krofdorfer Forst!

Seit einiger Zeit plant Kriegsminister Leber, nahe der DDR-Grenze ein weiteres Tanklager für die NATO einzurichten. Vorgesehen ist nach Presseberichten das Gebiet Mittelhessen im Raum Giessen-Wetzlar. Durch die Presse wurde bekannt, daß insgeheim schon eine Kommission vom Kriegsministerium mit Vermessungen in der Gemarkung Krumbach begonnen hatte. In der Gemeinde löste dies einen Proteststurm aus.

450 Unterschriften wurden bei 750 Einwohnem gesammelt. Arbeiter und Bauem schlossen sich zusammen. Durch diesen einheitlichen Widerstand der Bevölkerung sah sich die Landesregierung gezwungen, das Projekt zu verlagem.

Verlagert werden sollte es, in den Krofdorfer Forst, 2 km westlich von Giessen. Aber auch hier erhob sich der Widerstand. 70 Krofdorfer versammelten sich am Karfreitag, um gegen die Errichtung des NATO-Tanklagers zu kämpfen. Ein Mitglied der Gemeindevertretung informierte kurz und leitete die Diskussion mit der Aufforderung ein, über die zu ergreifenden Kampfmassnahmen zu diskutieren:

"Wenn die anfangen zu bauen, müssen wir einen Sitzstreik machen, alle Mann mit ihren Familien!" Die Empörung der Bevölkerung steigerte sich in der Diskussion. Die grösste Wut richtete sich dagegen, dass der Staat den Arbeitem und Werktätigen Krofdorfs jetzt auch noch ihr schönstes Erholungsgebiet rauben wollte. Die Bauem protestierten gegen die Gefährdung des Bodens und der Wald- und Wiesenbestände. Einig waren sich alle, dass man sich die zwangslänfige Einschränkung der Bewegungsfreiheit, wie das ein Militärlager zur Folge hat, nicht bieten liesse.

Einer sagte: "Wir kennen das doch aus dem 2. Weltkrieg, da sind dann bei so einem Tanklager alle Strassen gesperrt, Ausweiskontrollen, Minen und überall Militär. Wir müssen den Anfängen wehren, wir haben eine Diktatur erlebt und das reicht uns!"

Ein Aktionsausschuss wurde gewählt, der informieren, die Gespräche führen und die Kampfmassnahmen einleiten sollte.

Ein 'linker' SPD-ler trat auf, und sagte, eine interministerielle Kommission hätte das Gebiet bereits begutachtet und abgelehnt. Aber die Korfdorfer liessen sich nicht abwiegeln. Ihre Antwort war: Wir glauben nichts, solange wirs nicht schwarz auf weiss haben.

Die ersten Kampfmassnahmen wurden eingeleitet, eine Protestresolution verabschiedet und weitere Schritte beschlossen. Insbesondere wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass ein Keil zwischen die einzelnen Gemeinden getrieben wird. Deshalb sollen in Kürze Informationsveranstaltungen stattfinden, in denen man sich auch mit der Bevölkerung der anderen betroffenen Gemeinden in Verbindung setzen will.

Stimmen wie die von Bürgermeister Feussner, der das Tanklager wegen der 'militärischen Notwendigkeit' genehmigen wollte, wurden abgelehnt.

Ein Genosse diskutierte mit zwei Arbeitem. Ihr Standpunkt war klar: Gegen das Tanklager sowieso, aber auch gegen den Militarismus. So sagte einer: "Das mit der Friedenspolitik stimmt doch hinten und vorne nicht, wenn man sich mal ansieht, wie die aufrusten! Der SPD gebe ich meine Stimme nie wieder, die haben bei mir verspielt, und die CDU kommt sowieso nicht in Frage."

Die antimilitaristische Bewegung wächst immer breiter. Die Notwendigkeit ihrer Führung und Organisierung stellt neue Aufgaben an unsere Partei. Der Zusammenschluss der Kampffront, die Orientierung auf den revolutionären Ausweg, die Gewinnung der fortgeschrittensten Arbeiter für den Kommunismus an diesem Kampfabschnitt ist eine Aufgabe, deren Bedeutung der 2. Parteitag der KPD/ML eindeutig festgelegt hat.



Am 11.5. zerstörte eine Panzerabwehrrakete der Bundeswehr dieses Haus in der Nähe des Nato-Übungsplatzes Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide.

Neue Kämpfe an den Universitäten

KIEL: AUFTAKT ZUM SOMMERSEMESTER!

Am 16.4. demonstrierten etwa 3 000 Studenten, Schüler und Assistenten gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes. Die Abschlusskundgebung fand vor dem in ein Polizeiheerlager verwandelten Landeshaus statt. Nachdem die Kundgebung offiziell beendet war, schob die Masse der Demonstranten die aufgestellten 'Hamburger' Gitter beiseite, durchbrach die Bannmeile und belagerte etwa anderthalb Stunden lang das Landeshaus.

Mit Rufen wie 'Volksfeinde raus!' zeigten die Studenten, was sie von den 'Parlamentariern und Kultusbürokraten' halten. Am 10. und 11.4. hatten bereits an die 40 Oberschulen Schleswig-Holsteins gegen die geplante Verabschiedung des Gesetzes protestiert.
Der Kampf gegen politische Unterdrückung, bürgerliche Ausbildung und Polizeiuniversität geht mit grösserer Kraft weiter.

BERLIN: EINWÖCHIGER WARNSTREIK BESCHLOSSEN!

Die Vollversammlung der 'Freien Universität' Westberlin hat vom 15.5. bis zum 20.5. einen Warnstreik beschlossen. Dem Streik werden sich voraussichtlich alle Westberliner Hochschulen anschliessen. Der Streik richtet sich gegen das neue geplante Universitätsgesetz, das weitere Rechte der Studenten abbauen und die politische Unterdrückung und Verfolgung fortschrittlicher Studenten durch die bürgerliche Klassenjustiz erleichtem soll. Am 15.Mai werden die Studenten gemeinsam mit Teilen der Verwaltungsangestellten eine Demonstration durch die Berliner Innenstadt veranstalten.

Die reaktionären Kräfte an der Universität, die in der sogenannten 'Notgemeinschaft für eine freie Universität' organisiert sind, reagieren auf den militanten Kampf der Studenten und den starken Einfluss der Kommunisten mit einer Verbotshetze gegen die 'KPD' und den 'KSV'.

HEIDELBERG: DREITÄGIGER WARNSTREIK BESCHLOSSEN!

Gegen den Novellierungsentwurf zum baden-württembergischen Hochschulgesetz haben die Heidelberger Studenten einen dreitägigen Warnstreik beschlossen. Der Streik richtet sich auch gegen den Polizeiterror an der Heidelberger Universität. 12 Studenten waren aus einer Vorlesung heraus von der Polizei festgenommen worden, als sie über hochschulpolitische Fragen diskutieren wollten. **In dieser Woche beginnt eine Urabstimmung an allen Hochschulen in Baden-Württemberg über die Durchführung eines Generalstreiks an den Hochschulen.**

MARBURG – BOYKOTT DER STUDIENGEBÜHRBEZAHLUNG

Gegen die Erhöhung der Studiengebühren protestieren mehr als 4 000 Studenten der Marburger Universität mit einem Boykott. Ein erster Erfolg dieses Boykotts ist die Verlängerung der Rückmeldefrist bis zum 7.Juni. **Die Vollversammlung beschloss in dieser Woche als neue Kampfmassnahme einen dreitägigen Warnstreik durchzuführen. Die Büroangestellten der Universität wollen sich an dem Streik beteiligen.**

BREMEN – EINWÖCHIGER STREIK DER GESAMTEN UNIVERSITÄT!

Gegen eine neue Prüfungsordnung für Gymnasiallehrer, die das Berufsverbot vorwegnimmt (die Zulassung zur Prüfung kann verweigert werden, wenn "der Kandidat auf Grund eindeutiger Tatsachen als Lehrer nicht geeignet erscheint") protestieren ein grosser Teil der Hochschullehrer und die Masse der Bremer Studenten mit einem einwöchigen Streik.

Kontaktadresse:

'Rote Rakete schlägt ein!

Mit der Zeitung 'Rote Raketen' haben Rotgardisten, die ihren Militärdienst in der Bundeswehr ableisten, eine weitere Soldatenzeitung geschaffen. Unter dem Einführungsartikel: "Warum eine Soldatenzeitung?" kann man lesen: "So würden uns die Herrn gerne sehen, kopflos und ohne Hirn. ...wir lassen uns aber das Denken nicht abgewöhnen... Wir haben die Zeitung 'Rote Rakete' genannt, weil Raketen gewöhnlich Angriffswaffen sind. Auch wir wollen den Angriff führen."



Und so ist die Zeitung auch aufgebaut, sie ist sehr gut informiert über das Innenleben in den Kasernen. Aufgefangen in dieser Zeitung ist der antimilitaristische Geist, der heute schon in den Kasernen steckt. Dazu sei noch ein bezeichnender Wandspruch zitiert, den die Genossen im Klo der Fm-Kantine (BNK) gefunden haben:

"Eher findet man bei einer Nutte die Unschuld, als bei der Bundeswehr die Gerechtigkeit."

So hat die erste Zeitung dann auch kräftig eingeschlagen, und die Reaktion der Offiziere war entsprechend. Ein Genosse schreibt uns darüber.

"Letzten Mittwoch wurde in unserer Kaserne in Klingholz die 'Rote Rakete' verteilt und Zettel der KPD/ML geklebt, die zum 1.Mai aufriefen. Kaum hatte ein Vorgesetzter die Kleber gesehen, da war die Hölle los. Wie aufgescheuchte Hühner rannten sie zum Uffze (Unteroffizier). Einer durchsuchte ohne Erklärung die Stuben. Aber schon kam die nächste Schreckensnachricht: Ein dienstgeiler UvD hatte eine Meldung an den OvWa (Offizier vom Wachdienst) gemacht: **Sofort stand die ganze Kaserne unter Alarm. Befehl an den UvD unseres Kasernenblocks: Sofortiges Einsammeln der Zeitungen!** Der UvD hat Schiss, er rennt überall herum, um Zeitungen einzusammeln. Die Kameraden lachen ihn aus: "Dienstgeil! Dienstgeil!"

Kaum einer gibt die Zeitung ab. Einzelne ballen die Faust, es bilden sich Diskussionsgruppen. Besonders über den Kommunismus wird jetzt viel gesprochen.

Aus einiger Entfernung beobachtet ein Uffze die Ansammlung auf dem Flur. Er wagt nicht dagegen aufzutreten. Da kommt auch schon der OvWa mit einem UvD und einem Offz im Gefolge. Er geht auf eine Stube zu und verhört einen Soldaten: "Sind Sie Flieger B.? Sie sind in der 1. Inspektion gesehen worden. Was haben Sie dort zu tun gehabt?" Aber er erfährt nichts.

Er entreisst dem Soldaten eine 'Rote Rakete', die dieser in der Hand hält. Als der Soldat darauf besteht, dass die Zeitung sein Eigentum sei, antwortet er nur: "Können Sie sich morgen beim Chef wieder abholen." Man merkte, dass diese Feldwebel-Dienstgrade Angst vor der Einigkeit der Soldaten haben, als auch davor, dass sie wegen eines falschen Schrittes von höheren Uffzen einen auf den Deckel kriegen.

Nur wenige Zeitungen sind eingesammelt worden, viele blieben versteckt und wurden jetzt gelesen und von Hand zu Hand weitergegeben.

Am nächsten Morgen werden die zwei Kameraden, die angeblich von dem UvD erwischt worden sind, als sie in der 1. Inspektion die 'Rote Rakete' verteilten, vom stellvertretenden Spiess ins Geschäftszimmer geholt. Sie dürfen sich von nun an nicht mehr frei bewegen. Polizei und MAD sind unterwegs, heisst es! Es sieht aus, als seien sie schon überführt, auf frischer Tat ertappt.

Andere Kameraden, die sie sehen, und den Mut haben mit ihnen zu reden, sagen: "Was ist los? Wie kann man euch unterstützen? Lasst euch nicht unterkriegen!" Das zeigt den Zusammenhalt.

Plötzlich heisst es dann: "Sie können zum Dienst wegtreten! Aber halten Sie sich bereit, die Staatsanwaltschaft ist schon eingeschaltet." Die Zeitung ist jetzt Gesprächsthema Nr.1 in der Kaserne. Selbst den Uffzen und den Offzen sind die Zeitungen weggeschnappt worden, damit sie sich keinen objektiven Eindruck bilden können. Das geht jedoch nach hinten los. Die Uffzen und Offzen werden verlacht, wenn sie bei Fragen über den Inhalt ins Stottern kommen, und nur noch sagen können: Was da drin steht, das ist kommunistische Hetze, und deshalb primitiv."

Wenn das aber so grosser Unsinn sein soll, so fragen die Soldaten, warum habt ihr denn dann Angst und lasst die Zeitungen einsammeln? 'Bild', Parteiblätter von CDU und SPD werden überall frei verkauft. Jede Kritik aber an der Bundeswehr wird unterdrückt.

Ein Rekrut schrieb eine Beschwerde, weil ihm die 'Rote Rakete' abgeknöpft worden ist; darin heisst es: "Die Zeitung ist richtig, da steht drin was wirklich hier los ist, wie die einfachen Soldaten angeschissen werden, und wie sie sich dagegen wehren müssen."

Wenn die Vorgesetzten bei der Diskussion nicht mehr weiterkommen, und das geschieht oft und schnell, dann wird einfach abgebrochen. Zwei Kameraden gegenüber wird dann sogar gesagt: Das gibt Bau und zwar zwei Monate. Ihre Spinde werden durchsucht, sie werden vom Disziplinarvorgesetzten verhört.

Im Kasernenblock nebenan wird das unterste nach oben gekehrt, alle Zeitungen müssen her; sogar die Privatsachen der Soldaten werden durchsucht. Die eingesammelten Zeitungen werden verbrannt.

Der MAD geht im Stabsgebäude ein und aus. Am Abend heisst es dann, die Sache ist niedergeschlagen. Den beiden, die verdächtigt wurden, in der 1. Inspektion die 'Rote Rakete' verteilt zu haben, konnte nichts nachgewiesen werden. Die beiden Zeugen, der dienstgeile UvD und der OvD von der 1. Inspektion konnten keine Beweise erbringen.

Für uns war die 1. Nummer der 'Roten Rakete' ein voller Erfolg. Wir konnten miterleben, wie gross die Solidarität unter den Soldaten gegen die Offiziere ist. Kein einziger von denen, die die Zeitung in die Hand gedrückt bekommen haben, ist zum Chef gelaufen, keiner hat gepfiffen.

Das sollte uns Kommunisten, die wir in der Bundeswehr arbeiten, noch mehr anspornen, mit unseren Kameraden gegen die Schikanen und den reaktionären Drill zu kämpfen. Und diesen Kampf zum Kampf gegen die gesamte imperialistische Kriegsmaschinerie, gegen die gesamte bürgerliche Klassenordnung weiterzuführen.

VORWÄRTS BEIM AUFBAU ANTIMILITARISTISCHER KOMITEE IN DER BUNDESWEHR!
KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!